Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und  Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 34. Freitag, den 26. April 1895. Jahrgang IV.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.
Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Sitzungen des Gemeinderathes.

Dienstag, den 30. April 1895, 5 Uhr nachmittags.
Freitag, den 3. Mai 1895, 5 Uhr nachmittags.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **23. April 1895** unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Raimund Grübl.

Bürgermeister Dr. Grübl: Die Versammlung ist beschlussfähig, die Sitzung eröffnet.

1. Herr Gem.-Rath Erndt entschuldigt sein Ausbleiben von der heutigen Plenarsitzung. Herr Gem.-Rath Zweig entschuldigt sein Ausbleiben von der heutigen Plenarsitzung wegen Unwohlseins.

2. Herr Gem.-Rath Stummer v. Traunfels bittet um einen Urlaub vom 24. April bis 10. Mai. Der Urlaub wird ertheilt.

3. Herr Franz Malcher, k. k. Regierungsrath und Bibliothekar, theilt mit (liest):

„Im Auftrage Ihrer k. u. k. Hoheiten der durchlauchtigsten Herren Erzherzoge Friedrich und Eugen beehre ich mich, in der Anlage den ersten Band des im Erscheinen begriffenen Lebensbildes weiland Sr. kaiserlichen Hoheit des Erzherzogs Karl von Österreich zur gefälligen Aufnahme in die Stadtbibliothek zu übersenden."

Wird der ehrfurchtsvollste Dank ausgesprochen.

4. Von der Ausstellungs-Commission in Antwerpen wurde der Gemeinde Wien für die ausgestellten Objecte der Gruppe XV, Classe 57, das Ehrendiplom, und für die Objecte der Gruppe III, Classe 9, das Diplom der silbernen Medaille zuerkannt.

Dient zur Kenntnis.

5. Für das Historische Museum der Stadt Wien sind folgende Spenden eingelangt:

von Dr. Ottokar Baron Schlechta-Wssehrd ein von dem Maler Hollpein in Öl gemaltes Porträt Franz Grillparzers;

von Ph. Ruthner, Beamter der Unionbank, ein Ölporträt des Industriellen (Tapetenfabrikant) M. Spörlin;

von V. Prick, Beamter der Unionbank, ein von dem Maler Reder angefertigtes Ölgemälde: „Rast im Gasthause";

Herr Heinrich Schubert hat im Auftrage des verstorbenen Landschaftsmalers Josef Schwemminger der Gemeinde Wien für das städtische Museum ein Bild desselben, darstellend eine Ansicht von Wien und Umgebung vom Kahlenberge, übergeben;

Herr Dr. Karl Kupelwieser hat der Gemeinde Wien ein Madonnen-Ölgemälde seines Vaters Leopold Kupelwieser gespendet.

6. Herr Director Wild hat als Erträgnis einer Wohlthätigkeits-Vorstellung zu Gunsten der Armen im VIII. Bezirke den Betrag von 100 fl. dem Armen-Institute dieses Bezirkes übergeben.

Den Spendern wird der Dank ausgesprochen.

7. Von Seite des n.-ö. Landesausschusses ist folgende Zuschrift an mich gelangt (liest):

„Die k. k. n.-ö. Statthalterei hat infolge Erlasses des k. k. Ministeriums des Innern vom 3. März 1895, Z. 8785, mit Note vom 11. April d. J., Z. 34511, anher eröffnet, dass Se. k. u. k. Apostolische Majestät mit Allerhöchster Entschließung vom 31. März 1895 den Beschluss des hohen n.-ö. Landtages, betreffend die Veräußerung des Areales der ehemaligen Landes-Zwangsarbeitsanstalt in Weinhaus, XVIII. Bezirk, an die Gemeinde Wien allergnädigst zu genehmigen geruht haben, und die Kundmachung dieses Allerhöchst genehmigten Landtags-Beschlusses in dem Landesgesetz- und Verordnungsblatte für Niederösterreich veranlasst wurde.

Hievon beehrt sich der Landesausschuss Euer Hochwohlgeboren unter Bezugnahme auf das h. o. Schreiben vom 3. März 1895, Z. 9817, mit der Einladung diensthöflichst in Kenntnis zu setzen, den Entwurf des Vertrages über den mit 1. Mai 1895 abzuschließenden Verkauf baldgefälligst anher gelangen lassen zu wollen."

Dient zur **Kenntnis**.

Ich bitte um Mittheilung des **Einlaufes**.

8. Schriftführer Gem.-Rath Dehm: Herr Gem.-Rath Karl **Schuh** überreicht eine Petition der Hausbesitzer in der Wasagasse im IX. Bezirke, betreffend eine Holzstöckelpflasterung daselbst.

Die Petition hat nachstehenden Wortlaut (liest):

Hochlöblicher Gemeinderath
der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien!

Die ergebenst gefertigten Hauseigenthümer der Wasagasse im IX. Bezirke Wiens erlauben sich hiemit, einverständlich mit dem mitgefertigten Vereine der Hausbesitzer im IX. Bezirke in Wien, an den hochlöblichen Gemeinderath der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien nachstehende **Petition** zu richten.

Die Wasagasse im IX. Gemeindebezirke in Wien gehört zu den bedeutenderen Straßen dieses Bezirkes. Sie besteht zumeist aus drei- und vierstöckigen Häusern und trägt daher zu den Steuereinnahmen in hervorragender Weise bei.

In dieser Gasse befindet sich nun bekannterweise das Orpheum, ein starkbesuchtes Vergnügungslocal, die Vorstellungen beginnen daselbst um 8 Uhr abends und enden regelmäßig erst um 12 Uhr nachts. Es findet daher in dieser Gasse in den Abendstunden, besonders aber in den Nachtstunden bis 1 und 2 Uhr und darüber ein außergewöhnlicher reger Wagenverkehr statt.

Nachdem die Straße gegenwärtig mit Granitpflaster gepflastert ist, so herrscht in derselben infolgedessen jede Nacht ein großer, ungewöhnlicher Lärm, der den Bewohnern der Gasse überaus lästig ist, und daher auch das Vermieten der Wohnungen überhaupt, namentlich aber an ältere und kränkliche Personen erschwert und daher sehr oft auch zur Folge hat, dass das Mietverhältnis nach kurzer Zeit wieder gelöst wird oder, wie zum Beispiel im Erkrankungsfalle, die Wohnung sofort wieder aufgegeben werden muss.

Die Hauseigenthümer der Wasagasse werden auf diese Weise nicht nur selbst belästigt, sondern erleiden auch einen empfindlichen Schaden, und ist eine Abhilfe dagegen nur dadurch möglich, dass das vorhandene Granitpflaster beseitigt und durch Stöckelpflaster ersetzt wird.

Auch in den Sommermonaten, in denen das Orpheum geschlossen ist, ist die Wasagasse eine sehr bedeutende Verkehrsader, indem durch den sehr starken Tramwayverkehr in den Parallelstraßen (Währinger- und Liechtensteinstraße) sowohl der Lastenverkehr als auch der des leichten Fuhrwerkes (insbesondere nach dem Franz Josefs-Bahnhofe), und zwar schon sehr zeitlich früh und noch spät abends dahin abgelenkt wird. Sie kann daher mit mancher Straße der Inneren Stadt, die bereits mit Holzpflaster versehen, concurrieren und verdient deshalb die gleiche Berücksichtigung.

Wenn man nun noch erwägt, dass durch die Herstellung eines Holzstöckelpflasters für einen höchst wichtigen und bedeutenden Stadttheil auch in hygienischer Beziehung eine nicht zu unterschätzende Verbesserung geschaffen wird, da ja bekannt ist, wie schädlich der durch das Granitpflaster erzeugte Staub für die menschliche Lunge ist und wie nachtheilig dasselbe auch für Pferde und Wägen wirkt, so glauben die gefertigten Petenten, dass hinreichende und dringende Gründe dafür vorliegen, dass in der Wasagasse ehestens Holzstöckelpflaster hergestellt werde.

Die ergebenst Gefertigten erlauben sich daher die **Bitte**:

Der hochlöbliche Gemeinderath der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wolle beschließen, dass in der Wasagasse in ihrer ganzen Ausdehnung von dem k. k. Staatsgymnasium, vor welchem Holzstöckelpflaster bereits liegt, bis Ende der Wasagasse, das ist bis zum Orpheum, Holzstöckelpflaster hergestellt, zu diesem Behufe in das nächste Budget der entsprechende Erfordernisbetrag eingestellt und die nöthigen Arbeiten sofort in Angriff genommen werden.

Bürgermeister: Geht zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

9. Interpellation des **Gem.-Rathes Röhrl:**

Im XIV. Bezirke Rudolfsheim besteht seit sechs Jahren eine communale Pfandleihanstalt. Der geschäftliche Verkehr dieser Anstalt hat einen derartigen intensiven Aufschwung genommen, dass das Haus, sowie die gemieteten Localitäten eines Privathauses, welche zur Ausübung des Geschäftes benützt werden, schon seit zwei Jahren zu klein sind.

Eine weitere Vergrößerung der Amtslocalitäten ist undurchführbar, auch treten häufig fühlbare Mängel in der geschäftlichen Manipulation ein, welche gewiss für die Anstalt von keinem Nutzen sind.

Es tritt sonach die dringende Nothwendigkeit ein, dass für diese sehr wichtige und humane Institution, welche sich allseitig bewährt hat, ein großes Gebäude, mit den neuesten Einrichtungen versehen, ehestens erbaut werde, um den gerechten Wünschen der Bevölkerung der westlichen Bezirke Wiens zu entsprechen.

Nachdem nun die Bewohner des XIV. Bezirkes großen Wert darauf legen, dass diese Anstalt, welche von der Gemeinde Sechshaus gegründet wurde, im Bezirke verbleibe, so müssten zum Ankaufe eines geeigneten Hauses oder Bauplatzes mehrere Realitäten im Bezirke in die Combination gezogen werden.

Um aber gleichzeitig zwei wichtige Fragen auf einmal zu lösen, die Erbauung eines Pfandleihanstaltsgebäudes und die Erweiterung der sehr engen Kürnbergergasse, so wäre der Ankauf des Eckhauses Nr. 43 in der Sechshauserstraße bestens zu empfehlen.

Diese Realität ist eine außer Betrieb stehende Spiritusraffinerie, es ist ein großer Grundcomplex, welcher drei Gassenfronten ergibt, das ist Sechshauserstraße, Kürnbergergasse und Ullmannstraße, es würde auch noch einen Platz für ein Schulgebäude ergeben.

Dass diese Realität beseitigt werde, ist ein langjähriger Wunsch der Bevölkerung und würde der engen Straße in der Kürnbergergasse eine Ende bereiten.

Aus angeführten wichtigen Gründen stelle ich folgende **Anfrage**:

Ist der Herr Bürgermeister bereit, dahin zu wirken, dass ein neues Gebäude für die Pfandleihanstalt erbaut werde;

ferner, dass mit dem Eigenthümer des Hauses Nr. 43, Sechshauserstraße, in Verhandlung getreten werde, um den Ankauf dieses Hauses ehestens zu ermöglichen, eventuell, wenn eine Einigkeit nicht erzielt werden sollte, irgendeine passende Realität im Bezirke erstanden werden möge, um die Erbauung eines neuen Pfandleihanstaltsgebäudes zu ermöglichen?

Bürgermeister: Diese Interpellation betrachte ich als einen Antrag, und zwar sowohl was die Organisierung der Pfandleihanstalt, als auch die Erwerbung der erwähnten Realität betrifft. Ich werde diesen Antrag, wenn der Herr Interpellant einverstanden ist, zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung dem Magistrate übergeben.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

10. Interpellation des **Gem.-Rathes Röhrl:**

In den unteren Gebietstheilen von Rudolfsheim und Neupenzing ist die Erbauung einer Volksschule dringend nothwendig.

Es wurde im Budget pro 1895 ein Betrag von 30.000 fl. für Schulbauten in Rudolfsheim eingestellt, jedoch wegen der Platzfrage diese Angelegenheit in suspenso gelassen.

Nun ergibt sich gleichzeitig mit dieser Angelegenheit eine passende Gelegenheit, welche schon lange ein ersehnter Wunsch der Bevölkerung ist, nämlich die Verbindung des Straßenzuges Prinz Karlgasse, XIV. Bezirk, mit der Siebeneichengasse, XIII. Bezirk.

Um diesen Straßenzug herzustellen, müssten die Häuser Nr. 23 bis 25 in der Neugasse, XIV. Bezirk, eingelöst werden und für Straßenzwecke demoliert werden. Nach der Demolierung dieser Häuser würde noch außerhalb des erforderlichen Straßengrundes sich ein Baugrund zu einer Volksschule ergeben.

Es würden damit zwei wichtige Fragen zur gleichen Zeit gelöst werden: die Erbauung einer Volksschule und die Errichtung einer wichtigen Verkehrsstraße.

Es wäre sonach mit den Eigenthümern der Häuser Nr. 23 bis 25 Neugasse, XIV. Bezirk, in Verhandlung zu treten, da beide geneigt waren, ihre Häuser an die Commune um einen nicht zu hohen Preis zu verkaufen.

Sollte eine Einigung nicht erzielt werden, so wäre die Erbauung einer Volksschule nicht außeracht zu lassen, weil dieselbe ein dringendes Bedürfnis ist, es wären sonach die Realitäten Sechshauserstraße Nr. 43 und 48 in die Combination zu ziehen.

Ich stelle sonach folgende **Anfrage**:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, dahin zu wirken, dass

1. in den unteren Gebietstheilen von Rudolfsheim eine Volksschule erbaut werde?

2. dass der Straßenzug Prinz Karlgasse—Siebeneichengasse ehestens errichtet werde, damit diese beiden wichtigen Bezirksfragen endlich einmal einer glücklichen Lösung entgegengehen mögen?

Bürgermeister: Ich werde über diesen Gegenstand Erhebungen pflegen, eventuell wegen Errichtung einer Schule das Erforderliche veranlassen und den Gegenstand der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zuweisen.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

11. Interpellation des **Gem.-Rathes Steiner:**

Ich habe bereits vor drei Jahren aus Anlass der famosen Herabsetzung der Futterrationen für die Pferde den Antrag gestellt, es sei an die hohe Regierung das Ersuchen zu richten, die Sequestration des Unternehmens der Wiener Tramway-Gesellschaft zu verfügen. Seither habe ich wiederholt interpelliert, was mit meinem Antrage geschehen ist, und darauf von dem vorigen Herrn Bürgermeister die Antwort erhalten, dass der Gegenstand in geschäftsordnungsmäßiger Behandlung steht.

Nachdem Seine Excellenz der Herr Statthalter in seinen jüngsten Erlässen selbst die Verhängung der Sequestration der Gesellschaft angedroht hat, so wäre es wohl am Platze, dass die Gemeinde aus ihrer Reserve heraustrete und sobald als möglich in dieser Frage Stellung nehmen würde.

Demgemäß erlaube ich mir die Anfrage:

In welchem Stadium befindet sich mein eingangs erwähnter Antrag, und ist der Herr Bürgermeister geneigt, zu veranlassen, dass dieser Antrag nunmehr endlich der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung wirklich zugeführt wird?

Bürgermeister: Nach den heute gepflogenen Erhebungen ist dieser Antrag noch nicht an den Stadtrath gediehen.

Ich werde aber wegen baldiger Erledigung dieser Angelegenheit das Nöthige veranlassen. (Gem.-Rath Hawranek: Es ist schon vier Jahre her!)

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

12. Anfrage des **Gem.-Rathes Sebastian Grünbeck:**

Anfangs April d. J. wurde das Aufspritzen für den XVII. Bezirk vergeben mit dem Bemerken, dass die Commune Wien drei Brunnen zur Verfügung stellt.

Der beste Brunnen von diesen in der Teichgasse, welcher 50 bis 60 Fässer Wasser liefert, ist erst jetzt in Reparatur genommen, daher ein mangelhaftes Aufspritzen unausbleiblich erscheint, wenn nicht rasch Abhilfe geschaffen wird.

Schuld hievon trifft den Contrahenten, welcher die Brunnenarbeiten über hat, der von Seite des Bauamtes schon vor zwei Monaten aufgefordert wurde, den Brunnen zu reparieren und bis 1. April fertig zu stellen, was jedoch verabsäumt wurde.

Es ist daher dringend nothwendig, dass, bis der Brunnen fertig ist, dem Übel dadurch abgeholfen werde, und zwar rasch, dass mit den veralteten Verfügungen des löblichen Wasserdepartements gebrochen werde und man gestattet, dass Wasser aus den Hydranten entnommen werden darf.

Wäre daher der geehrte Herr Bürgermeister nicht geneigt, auf kurzem Wege, im Falle dass einer der drei Brunnen nicht functioniert, anzuordnen, dass das Wasser aus den Hydranten entnommen werden darf, selbstverständlich nur in dem Maße, als derselbe liefern soll?

Bürgermeister: Ich werde über diesen Gegenstand Erhebungen pflegen und nach Möglichkeit das Erforderliche veranlassen.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

13. Interpellation des **Gem.-Rathes Dr. Friedjung:**

Seit Jahren schwebt im Magistrate die Verhandlung über die Versicherung der städtischen Arbeiter für den Krankheitsfall. Acht Monate sind verflossen, seitdem die Arbeiter, des ewigen Zauderns der städtischen Organe müde, selbst an die Gründung eines Kranken- und Leichenvereines der Gemeindearbeiter Wiens geschritten sind, dessen Statuten auch bereits von der Statthalterei genehmigt wurden. Der Verein kann aber erst in Kraft treten, wenn Stadt- und Gemeinderath über den Beitrag der Gemeinde Wien zu den Versicherungsprämien schlüssig geworden sind. Trotz wiederholten Drängens, trotzdem dass der Magistrat bereits sein zustimmendes Votum in dem Sinne abgegeben hat, dass die Gemeinde Wien moralisch verpflichtet sei, diesem Kranken- und Leichenvereine die entsprechende Subvention zuzuführen, vermag der löbliche Stadtrath in dieser höchst dringenden und wichtigen Angelegenheit nicht zu einem Entschlusse zu kommen, so dass die Arbeiter der Gemeinde Wien, soweit sie nicht versicherungspflichtig sind, im Falle einer Erkrankung dem Elende und der Noth preisgegeben sind. Dieser unwürdige Zustand fordert endlich Abhilfe, abgesehen davon, dass sich der Stadtrath thatsächlich als ein unbehilflicher Organismus erweisen würde, wofern er nicht endlich eine Angelegenheit zum Abschlusse zu bringen vermag, welche jeder für das Wohl seiner Arbeiter auch nur einigermaßen besorgte Unternehmer binnen wenigen Wochen erledigt.

Aus diesen Gründen stellt der Unterzeichnete an den Herrn Bürgermeister die Anfrage:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, der unglaublichen Verschleppung der Erledigung der Krankenversicherung der Gemeindearbeiter Wiens durch den Stadtrath endlich ein Ende zu machen und seine Autorität dafür einzusetzen, dass diese Körperschaft endlich einen Beschluss in dieser Angelegenheit fasse?

Bürgermeister: Ich habe über diese Interpellation zu bemerken, dass der Stadtrath sich mit dieser Angelegenheit bereits einmal eingehend beschäftigt hat. Bei dieser Behandlung waren weitere Aufklärungen nothwendig, infolgedessen der Act an den Magistrat zurückgeleitet wurde. Gestern ist der Gegenstand wieder an den Stadtrath vom Magistrate zurückgelangt, und ich werde veranlassen, dass diese Angelegenheit, die mir selbst sehr wichtig erscheint, so bald als möglich zur Verhandlung gebracht werde; dagegen kann ich nicht zugeben, dass bis jetzt diese Angelegenheit vom Stadtrathe verschleppt wurde.

Ich bitte fortzufahren.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

14. Interpellation des **Gem.-Rathes Wimberger** und Genossen:

Vor Monaten bereits wurde das Referat über die Reorganisierung des städtischen Sanitätspersonales im Stadtrathe erstattet, infolge eines im Laufe der Debatte gestellten Antrages aber abgebrochen und die Angelegenheit an den Magistrat zurückgeleitet.

Nachdem seither Monate verflossen sind, ohne dass der Gegenstand wieder zur Berathung gelangt wäre, die Reorganisierung des städtischen Sanitätspersonales aber eine dringende Nothwendigkeit ist, so stellen die Gefertigten die ergebene Anfrage:

Welche Hindernisse stehen der endgiltigen Erledigung der in Rede stehenden Angelegenheit entgegen?

Bürgermeister: Ich habe bereits einmal die Ehre gehabt, mitzutheilen, dass die Verhandlung über diesen Gegenstand abgebrochen wurde, weil verschiedene zweifelhafte Fragen erst zu einer näheren Erörterung und Entscheidung gebracht werden mussten. Ich glaube, dass nunmehr der weiteren Behandlung und Erledigung des Gegenstandes kein Hindernis im Wege steht; nur waren in den letzten Sitzungen des Stadtrathes lauter so dringende Gegenstände auf der Tagesordnung, dass es bis jetzt nicht möglich war, die Angelegenheit in Angriff zu nehmen. Ich werde nunmehr veranlassen, dass dies baldigst geschehe.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

15. Antrag des **Gem.-Rathes Dr. Stern:**

Von dem zu 4 Percent verzinslichen 35-Millionen-Kronen-Anleihen der Stadt Wien ex 1894 wurden bisher Obligationen im Gesammtbetrage per 25 Millionen Kronen begeben und befinden sich 4percentige Obligationen im Gesammtbetrage von 10 Millionen Kronen noch im Besitze der Commune.

Da nun infolge des constant sinkenden Zinsfußes die Begebung 3percentiger Obligationen zu einem entsprechenden Course thunlich erscheint, da ferner überhaupt die Feststellung einer 3percentigen Obligationen-Type für Anleihen der Stadt Wien unzweifelhaft im Interesse der Commune gelegen ist und durch die Annahme einer derartigen Type auch die schon seit mehreren Jahren angestrebte freiwillige Convertierung der älteren, zu 5 Percent verzinslichen Obligationen-Anleihen der Stadt Wien gefördert werden dürfte, wird der Antrag gestellt:

Es sei die Hinausgabe des noch unbegebenen Restes per 10 Millionen Kronen der 4percentigen Anleihen ex 1894 zu sistieren und sei an dessen Stelle die Hinausgabe eines, wenn auch im Capitale größeren, so doch im Zinsfuße billigeren und zwar zu 3 Percent verzinslichen Anleihens vorzubereiten.

Diesfalls werde der Herr Bürgermeister ermächtigt, Verhandlungen zu pflegen und behufs der im Wege der Reichs- und der Staatsgesetzgebung zu treffenden Maßnahmen das Erforderliche zu veranlassen.

Bürgermeister: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt; die Versammlung ist einverstanden? (Keine Einwendung.)

Wir kommen zur Tagesordnung. — Zum Referate Herr Gem.-Rath Dr. v. Billing!

16. (2591—2609, 2671—2676, 3187, 3189, 3190, 2706, 2707, 2709, 2497, 2498, 2499, 2501, 2500, 3188, 2501, 2675, 2708, 3187.) **Referent Gem.-Rath Dr. v. Billing:** Ich habe die Ehre, über das Ergebnis der Gemeinderaths- und Bezirksausschusswahlen zu referieren, welche in der Zeit vom 28. März bis 4. April durchgeführt wurden. Wie die Herren wissen, waren im dritten Wahlkörper Ergänzungswahlen mit der Functionsdauer bis zum Jahre 1897 vorzunehmen, und zwar im II., VI., X., XI. und XIII. Bezirke. Im II. Wahlkörper waren in allen Bezirken durchwegs Neuwahlen vorzunehmen, mit der Functionsdauer bis zum Jahre 1899. Endlich waren im III., I., II., XVI. Bezirke Wahlen aus dem ersten Wahlkörper durchzuführen, mit der Functionsdauer bis zum Jahre 1901. Außerdem waren im X. Bezirke Bezirksausschusswahlen vorzunehmen, und zwar aus dem ersten, zweiten und dritten Wahlkörper.

Ich habe vorerst im allgemeinen auf Grundlage der vom Magistrate gepflogenen Erhebungen zu constatieren, dass gegen keinen der Gewählten ein wie immer gearteter Ausschließungsgrund vorliegt, dass ihre passive Wählbarkeit vollständig feststeht, daher von diesem Standpunkte aus gegen die Verificierung der Wahl keine Einwendung erhoben werden kann. Was nun die Wahlen selbst anbetrifft, so bemerke ich, dass gegen drei Wahlen, und zwar aus dem dritten Wahlkörper im II. Bezirke, aus dem zweiten Wahlkörper im XIII. und XIV. Bezirke Proteste eingelaufen sind, und werde ich mir, falls die Versammlung einverstanden ist, erlauben, zuerst alle jene Wahlen vorzubringen, welche weder durch Proteste, noch auch von Seite des Magistrates oder des Stadtrathes beanständet worden sind, so dass die Verificierung aller dieser Wahlen in einem Beschlusse erfolgen kann, und dann erst werde ich mir erlauben, die protestierten Wahlen zu besprechen. Die Zustimmung der geehrten Versammlung und des Herrn Bürgermeisters vorausgesetzt, erlaube ich mir also Folgendes mitzutheilen:

Die Wahlen aus dem dritten Wahlkörper:

Im VI. Bezirke wurden 1995 giltige Stimmen abgegeben. Die absolute Majorität war 998. Es erhielt Herr Rudolf Polzhofer, Brantweinschänker und Theehändler, 1361 Stimmen. Im X. Bezirke wurden 1374 giltige Stimmen abgegeben. Die absolute Majorität war 687. Es erhielt Herr Sylvester Stephan, Fleischhauer, 811 Stimmen. Im XI. Bezirke wurden abgegeben 695 giltige Stimmen. Die absolute Majorität war 348. Es erhielt Herr Johann Fickeys, Gemischtwarenhändler, 480 Stimmen. Im XIII. Bezirke wurden 1292 giltige Stimmen abgegeben. Die absolute Majorität war 646. Es erhielt Herr Josef Rauer, Hausbesitzer, 927 Stimmen.

Zweiter Wahlkörper, I. Bezirk. Abgegeben wurden 1709 giltige Stimmen. Es erhielten:

Herr Dr. Adolf Daum 1315, Herr Dr. Albert Richter 1275, Herr Rudolf Stummer v. Traunfels 1267, Herr Dr. August Nechansky 1261, Herr Phil.-Dr. Heinrich Friedjung 1256, Herr Ludwig Lang, Fabriksbesitzer, 1209, Herr Dr. Alfred Mittler 1206 Stimmen.

Zweiter Wahlkörper, II. Bezirk. Abgegeben wurden 1788 giltige Stimmen. Es erhielten:

Herr Dr. Alexander Lerch, Arzt, 1129, Herr Karl Johann Müller, Hausbesitzer, 1120, Herr Karl Moriz Mayer 1110 und Herr Karl Helbig, Sodawasserfabrikant, 1082 Stimmen.

Bei der engeren Wahl wurden abgegeben 858 Stimmen, es erhielt Herr Moriz Litschke, Drechslermeister, 487 Stimmen.

Im VII. Bezirke war ebenfalls eine Haupt- und eine engere Wahl nothwendig; bei der Hauptwahl wurden abgegeben 1233 giltige Stimmen, es erhielten Herr Dr. Michael Gruber, Hof- und Gerichtsadvocat, 653 und Herr Lorenz Manner, Bürgerschullehrer, 638 Stimmen. Bei der engeren Wahl wurden abgegeben 1141 giltige Stimmzettel; es entfielen hievon 635 Stimmen auf Herrn Johann Pichler, Hutfabrikant.

Im VIII. Bezirke wurden 1089 giltige Stimmen abgegeben, es entfielen hievon 564 Stimmen auf Herrn Dr. Max Hößlinger, Hof- und Gerichtsadvocat, und auf Herrn Josef Schlesinger, k. k. Professor, 566 Stimmen.

Im IX. Bezirke war eine Haupt- und eine engere Wahl nothwendig. Bei der Hauptwahl wurden 1381 giltige Stimmen abgegeben; davon entfielen auf Herrn Dr. Max Gruber, Ober-Sanitätsrath 1292 Stimmen; auf Herrn Dr. Emerich Klotzberg 711 Stimmen. Bei der engeren Wahl wurden 1219 giltige Stimmzettel abgegeben, von welchen Herr Franz X. Schenzel, Hoftapezierer, 675 Stimmen erhielt.

Im X. Bezirke war eine Haupt- und eine Ergänzungswahl nothwendig. Bei der Hauptwahl erschienen 455 Wähler, welche 454 giltige Stimmzettel abgegeben haben; hievon entfielen auf Eduard Pollak, Oberlehrer, 229 Stimmen. Bei der engeren Wahl wurden abgegeben 446 Stimmen, es entfielen davon auf Herrn Alois Wieder, Hausbesitzer, 254 Stimmen.

Im XI. Bezirke wurden 172 giltige Stimmen abgegeben, von welchen auf Herrn Wilhelm Seidler, praktischen Arzt, 99 Stimmen entfallen sind.

Im XII. Bezirke wurde in der Hauptwahl ein Resultat nicht erzielt. Es wurde eine engere Wahl vorgenommen, bei welcher 516 giltige Stimmen abgegeben wurden. Hievon erhielt Herr Josef Götz, Hausbesitzer, 297, Herr Hugo Platter, Post-Cassen-Controlor 283 Stimmen.

Im XIII. und XIV. Bezirke liegen Proteste vor; auf diese werde ich später zu sprechen kommen.

Im XV. Bezirke erschienen 448 Wähler, welche 447 giltige Stimmzettel abgegeben haben. Hievon entfielen auf Herrn Paul Tomanek, Volksschullehrer, 243, auf Herrn Karl Schreiner, Ziergärtner, 233 Stimmen. Im XVI. Bezirke wurden 623 giltige Stimmzettel abgegeben; hievon erhielt Herr Josef Migl, Bürgerschullehrer, 423 und Herr Eduard Haucke, k. k. Landwehr-Major i. P., 406 Stimmen. Im XVII. Bezirke wurden 720 giltige Stimmzettel abgegeben; Herr Josef Leitner, Gemischtwarenhändler, erhielt hievon 475, Herr Ferdinand Rauscher, Bürgerschullehrer, 463 Stimmen.

Im XVIII. Bezirke wurden 1377 giltige Stimmzettel abgegeben. Hievon erhielt Herr Dr. Julius Rader 855, und Herr Leopold Tomola, Bürgerschullehrer, 810 Stimmen.

Im XIX. Bezirke endlich wurden 467 giltige Stimmzettel abgegeben, von welchen 278 auf Herrn Karl Lißbauer, Abtheilungsvorstand der Unionbank, entfielen.

Für den ersten Wahlkörper wurde eine Wahl im I. Bezirke vorgenommen. Dabei wurden 546 giltige Stimmen abgegeben. Es erhielt Herr Karl Freih. v. Engerth, Oberinspector der österr.-ungar. Staatseisenbahn-Gesellschaft 530 Stimmen. Im II. Bezirke wurden 291 giltige Stimmen abgegeben; es erhielt hievon Herr Baurath Karl Axmann 230 Stimmen. Im XVI. Bezirke wurden 94 giltige Stimmen abgegeben, von welchen 56 auf Herrn Johann Werdecker, Productenhändler, entfielen.

Ich habe nun noch die Wahlen in den Bezirksausschuss des X. Bezirkes vorzutragen und stellt sich das Wahlresultat wie folgt: Im dritten Wahlkörper wurden abgegeben 1371 giltige Stimmzettel. Hievon erhielt Eduard Hauke, Brantwein- und Theeschänker, 811 Stimmen. Im zweiten Wahlkörper wurde eine Haupt- und eine engere Wahl vorgenommen. Bei der Hauptwahl wurden 446 giltige Stimmzettel abgegeben. In die engere Wahl kamen Henneberg und Mehling. Bei der engeren Wahl erhielt Franz Mehling die Majorität, indem er 244 Stimmen von 446 Stimmen bekam. Im ersten Wahlkörper erschienen im ganzen 103 Wähler, welche alle giltige Stimmzettel abgaben. Hievon entfielen auf den Kaffeesieder Heinrich Pawliczek 57 Stimmen und Franz Wahra, Hausbesitzer, 57 Stimmen und Michael Biwald, Lohnfuhrwerks- und Hausbesitzer, 54 Stimmen. Bezüglich aller dieser Wahlen habe ich die Ehre, den Antrag zu stellen, es seien die Gemeinderaths-Wahlen zu verificieren und die Wahlen des Bezirksausschusses zu bestätigen. Ich bitte Sie um Annahme dieses Antrages.

Bürgermeister: Wird eine Einwendung erhoben? (Niemand meldet sich.) Wenn dies nicht der Fall ist, erkläre ich im Sinne des § 21 der Wahlordnung sämmtliche Wahlen als vom Gemeinderathe anerkannt.

Referent: Ich komme nun zu den Protesten, welche eingebracht worden sind. Der erste Protest, wie bereits bemerkt, richtet sich gegen die Wahl aus dem dritten Wahlkörper im II. Bezirke. Hier wurden nach Maßgabe des Protokolles 4087 Stimmzettel abgegeben. Hievon entfielen auf Lorenz Müller, Bürger und Bäckermeister, 2066 Stimmen. Der Protest, welcher von zwei Wählern unterzeichnet ist, bringt nun folgende Einwendungen vor. Zuerst, es habe ein gewisser Zimmermann für einen anderen Wähler gewählt. Das hat sich als richtig herausgestellt; es ist also diese Wahlstimme als ungiltig zu erklären. Weiter, ein gewisser Hruschka sei nicht zur Wahl zugelassen worden. Das war auch in Ordnung, derselbe befand sich nicht in der Wählerliste, konnte also nicht wählen. Drittens, ein gewisser Zumpel habe gewählt, ohne in der Wählerliste eingetragen zu sein. Das ist richtig, aber im Wahlprotokolle kommt der Name Zumpel oder ein ähnlicher Name nicht vor. Es liegt also ein Irrthum vor. Weiter, David Fenner habe gewählt, wiewohl er in Concurs sei. Derselbe war aber in der Wählerliste; es wurde gegen ihn nicht reclamiert, er war daher zum mindesten im formalen Rechte, das Wahlrecht auszuüben. Selbst aber, wenn diese Stimme ausgeschieden werden sollte, wird hiedurch eine Alteration des Wahlergebnisses nicht herbeigeführt. Weiters, Adam Herrmann habe gewählt, obwohl er eine Pfründe bezieht. Das ist ein vollkommen analoger Fall; er war in der Wählerliste. Es wurde nicht reclamiert, er hat das formelle Recht zur Wahl gehabt, aber auch seine eventuell wegfallende Stimme hat keinen Belang für das Wahlresultat.

Franz Flicker hat einem gewissen Franz Kropik die Legitimationskarte abgenommen. Das ist allerdings richtig. Es ist aber auch richtig, dass auf den Namen Kropik eine Wahl nicht ausgeübt worden ist. Die Sache ist also nicht von Belang. Ferner seien Entlockungen von Wahllegitimationen vorgekommen. Der Protest gibt gar keinen concreten Fall an, sondern beruft sich auf einen Herrn Appermann, welcher einvernommen wurde und ausdrücklich erklärte, dass er nichts wisse, dass er sich um die ganze Sache nicht gekümmert und auch nicht gewählt habe. Wenn man also die zwei wirklich zu annullierenden Stimmen, eventuell auch noch zwei zweifelhafte Stimmen abrechnet, so ergibt sich eine giltige Stimmenanzahl von 4083 und 2044, respective 2042 als absolute Majorität. Nachdem der Gewählte 2066 Stimmen hat, ist jedenfalls das Resultat ein giltiges und ich erlaube mir namens des Stadtrathes die Verificierung zu beantragen.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Steiner!

Gem.-Rath Steiner: Ich habe mich nur bei dieser Wahlverification zum Worte gemeldet, um etwas zu besprechen, was ich bis jetzt von einem Juristen für unmöglich gehalten hätte. Sie wissen, dass die Herren Juristen, allerdings nur von jener (rechten) Seite, mitunter von oben herab die Fähigkeiten der Gewerbetreibenden beurtheilen und uns nicht zumuthen, dass wir auch Gesetze zu interpretieren imstande sind. Erlauben Sie mir, Ihnen folgenden Fall zur Sprache zu bringen, bei dem ich persönlich Zeuge war. Herr Dr. Stern, als Vorsitzender einer Wahl-Commission, hat Folgendes gemacht: Es ist ein Wähler — der Vorname war David, der Zuname ist mir entfallen — bei der Urne erschienen und wollte seinen Stimmzettel abgeben. Es wurde von dem Herrn Vorsitzenden constatiert, dass derselbe in die Wählerliste nicht eingetragen war. Der betreffende Wähler behauptete dagegen, er hätte die Wahllegitimation bekommen, und was glauben Sie, was der Kronjurist der geschätzten Majorität für einen Antrag der Commission unterbreitet hat?

Bürgermeister (unterbrechend): Ich möchte bitten, das gehört nicht zur Sache!

Gem.-Rath Steiner (fortfahrend): Es möge der Stimmzettel unter Couvert gelegt werden (Rufe links: Hört!) und je nachdem der Ausfall der Wahl sei, möge das Couvert geöffnet und dieser Stimmzettel besichtigt werden. Abgesehen davon, dass auf diese Art die geheime Wahl ad absurdum geführt ist, ist es mir unbegreiflich, wie ein Jurist einen diesbezüglichen Antrag einer Wahlcommission unterbreiten kann. (Gem.-Rath Dr. Mittler: Das ist nicht wahr!) Ich bitte, ich war Augenzeuge, das ist wahr, Herr Dr. Mittler. Ich bitte, mit derartigen Zwischenrufen vorsichtiger zu sein, ich war Zeuge davon. (Bürgermeister gibt das Glockenzeichen.) Er soll nicht herüberrufen: „das ist nicht wahr", wenn ich selbst dabei stehe. Es hat sich der Herr Vertreter der politischen Behörde dagegen ausgesprochen. Es hat eine zweimalige Abstimmung stattgefunden, und es hat sich bei der zweiten Abstimmung ein einziges Mitglied der Commission für den Antrag des Herrn Dr. Stern ausgesprochen. Ich wollte dies hier nur zur Sprache bringen, damit in Zukunft derartigen Ausfällen, wenn sie wieder von Seite der Juristen jener Seite kommen sollen oder könnten, die Spitze abgebrochen ist. Weiters will ich nur noch bemerken, dass es gar nicht richtig ist, dass die Wähler israelitischer Confession nicht an der Urne erschienen waren.

Bürgermeister (unterbrechend): Aber, Herr Gemeinderath!

Gem.-Rath Steiner (fortfahrend): Sie sind in Massen erschienen!

Bürgermeister (unterbrechend): Das ist jetzt nicht Sache der Verhandlung. Da muss ich schon bitten. Hier handelt es sich um einen Protest, in demselben ist davon nicht die Rede. Ich bitte, sich an die Sache zu halten.

Gem.-Rath Steiner (fortfahrend): Dann schließe ich und erlaube mir noch zu bemerken, dass ich mich über den Ausgang der Wahl herzlich freue. (Heiterkeit links.)

Bürgermeister: Das steht Ihnen frei!

Herr Gem.-Rath Dr. Stern!

Gem.-Rath Dr. Stern: Nachdem der Vorgang besprochen wurde, der bei einer Wahlcommission unter meinem Vorsitze stattgefunden hat, so muss ich doch den Vorgang hier ganz deutlich Ihnen schildern. Es ist zu einer bestimmten Stunde ein sehr großer Andrang gewesen und es war ein Zweifel in der Commission entstanden, ob man den betreffenden Wähler zur Wahl zulassen soll oder nicht. Da habe ich gesagt: Wenn wir hier über diese Rechtsfrage — die eine zweifelhafte war, er hat einen sogenannten Übergehungszettel gehabt, und die einen meinten, mit einem Übergehungszettel wäre er zur Wahl zuzulassen, die anderen waren anderer Meinung — streiten, es sind sehr viele Wähler hier, lassen wir die Leute nicht warten, wir werden den Stimmzettel vorläufig unter Couvert beiseite legen (Hört! Hört! links) — ich bitte, mich aussprechen zu lassen, Sie verstehen ja nichts (Lebhafter Widerspruch und Zwischenrufe links) — und wir werden .... (Gem.-Rath Jedlička: Was verstehen Sie?)

Bürgermeister: Aber, Herr Gem.-Rath Jedlička, wozu die Aufregung, schreien Sie nicht so, beruhigen Sie sich!

Gem.-Rath Dr. Stern (fortfahrend): Wir werden den Stimmzettel unter Couvert vorläufig, bis der Andrang vorüber ist, beiseite legen, wenn der Wähler einverstanden ist; wenn der Andrang vorüber sein wird, so werden wir über diese Frage debattieren und entscheiden und je nach der Entscheidung entweder den Stimmzettel zurücklegen oder in die Urne werfen. Das war der Vorschlag, der gemacht wurde. Der Vorschlag hat allerdings keinen Anklang gefunden, ich ließ die Debatte darüber eröffnen, abstimmen, ich erinnere mich nicht mehr, ist der Wähler zugelassen worden oder nicht. Aber der Vorgang war öffentlich, er war ganz correct und nach meiner Überzeugung und, wie ich überzeugt bin, auch nach der Überzeugung anderer Juristen vollkommen entsprechend.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Hawranek!

Gem.-Rath Hawranek: Zuerst muss ich constatieren, dass Herr Dr. Stern als Vorsitzender, wenn der Name nicht in der Wählerliste erscheint, gar nicht mit dem Betreffenden zu reden hat; er hat ihn abzuweisen, sonst nichts. Auch muss ich aber bemerken, dass diese Agnoscierungen der Wähler durch ein paar junge Leute, die natürlich der israelitischen Confession angehört haben, ungehörig sind.

Da muss ich nur sagen, dass nur eine Amtsperson, ein Bezirksausschuss oder Gemeinderath zu agnoscieren hat, oder der Diener, der zugestellt hat. So ist der Vorgang; in der Leopoldstadt werden wir uns deshalb jedesmal zur Controle hinbegeben und solche Unzukömmlichkeiten immer rügen.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Steiner! (Derselbe verzichtet.) Die Debatte ist geschlossen. (Referent verzichtet.) Die Herren, die mit dem Antrage des Herrn Referenten einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Referent: Im XIII. Bezirke, zweiten Wahlkörper, wurden abgegeben 720 giltige Stimmen. Es erhielt Herr Raimund v. Götz 389 Stimmen. Die absolute Majorität betrug 361. Hier wurde nun ein ziemlich langathmiger Protest überreicht, den ich so schnell als möglich erledigen will.

Zuerst wurde behauptet, ein Wähler namens Dressler, sei erst in den letzten acht Tagen in die Wählerliste eingetragen worden. Dies ist unrichtig. Ich selbst habe das Referat im Stadtrathe gehabt und constatiere, dass derselbe noch innerhalb der Reclamationsfrist eingetragen wurde.

Zweitens, es habe das Verzeichnis der unbestellbaren Legitimationskarten nicht aufgelegen Das ist richtig. Es waren aber keine unbestellbaren Legitimationskarten vorhanden, ergo entfällt dieser Punkt.

Drittens wurde bemerkt, dass der Amtsleiter des XII. Bezirkes Herr Dr. Seltsam schriftlich und mündlich auf die Beamten des XIII. Bezirkes zu Gunsten des Herrn Götz eingewirkt habe. Herr Dr. Seltsam selbst stellt das ntschieden in Abrede und es liegt auch beim Protest in keiner Weise ein schriftlicher Beweis vor, noch wurde eine concrete Thatsache angegeben, kein Name genannt. Also in dieser Beziehung liegt ein Beweis nicht vor.

Weiters werden ein gewisser Langsteiner und der Oberlehrer Faschank im Proteste beschuldigt, dass sie einen anderen Lehrer Namens Bernard haben bestechen wollen, angeblich durch Cognac und das Versprechen eines neuen Anzuges, dann in einem zweiten Falle durch Anerbieten von 50 fl. In beiden Fällen steht Behauptung gegen Behauptung. Herr Bernard behauptet, die anderen Herren leugnen, und auch Persönlichkeiten, welche einvernommen wurden, wissen von einem solchen Vorgange nichts. Es stellt sich übrigens durch die Aussage ganz unbefangener Persönlichkeiten heraus, dass es sich hier mehr um einen Scherz gehandelt hat, der um die Mitternachtszeit nach einigen durchgemachten Kneipen in angeheiterter Gesellschaft vorgekommen ist, wobei Worte gefallen sind, welche Herr Bernard vielleicht auch in mitternächtiger Stimmung als bare Münze zu nehmen sich veranlasst sah.

Dagegen ist es richtig, dass Herr Faschank bemüht war, diesen Lehrer umzustimmen und für seine Partei zu gewinnen, ein Versuch, welcher misslang. Allerdings hat er dabei gesagt, wenn Herr Bernard sich in Noth befinde, möge er sich an ihn, den Faschank wenden, er werde ihm vielleicht eher helfen und ihn nicht sitzen lassen. Dass er ihm 50 fl. oder einen anderen Betrag angeboten habe, wird entschieden in Abrede gestellt. Übrigens ist von Seite des Protesterhebers Hraba diesfalls eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft überreicht worden und wird das Gericht in diesem Falle amtszuhandeln haben. Aber nach der Sachlage, wie sie gegenwärtig ist, ist ein Stimmenkauf oder etwas derartiges thatsächlich nicht nachgewiesen und würde auch nur die Strafbarkeit der Person, nicht aber die Giltigkeit der Wahl betreffen.

Ein weiterer Punkt des Protestes geht dahin, dass ein Herr Drublowski, welcher ein Atelier im XIII. Bezirke hat, aber im II. Bezirke wohnt, zur Wahl zugelassen wurde. Das ist richtig, Herr Drublowski ist aber in der Liste eingetragen und hatte daher das formale Recht, zu wählen; für die Zukunft wird selbstverständlich eine Änderung eintreten müssen.

Weiters handelt es sich um die Wahlstimme eines gewissen Alois Herzog. Dieser Herzog ist Rechnungspraktikant und wird von ihm bemerkt, erstens dass er minderjährig sei, zweitens unter Einflussnahme zweier Herren für Götz gestimmt habe und nicht für den Gegencandidaten. Was den ersten Punkt betrifft, so ist er richtig; der Betreffende ist minderjährig und ist daher eventuell diese eine Stimme abzurechnen. Aber was den zweiten Punkt betrifft, so hat der Betreffende, einvernommen, erklärt, dass es allerdings richtig sei, dass zwei Herren ihn bestimmt hätten, für Götz zu stimmen, was er auch aus Privatrücksichten gethan hat, und zwar aus dem Grunde, weil er diesen beiden Herren, welche beide Lehrer sind, dafür zu Dank

verpflichtet war, dass sie ihn thatsächlich aus sehr bedrängter Lage durch Zuwendung von Lectionen geholfen hatten. Das sei der Grund, warum er so und nicht anders gewählt habe. Das ist jedenfalls ein Vorgang, bei dem etwas Sträfliches oder etwas, was die Legalität der Wahl berührt, nicht vorhanden ist, daher darauf keine Rücksicht zu nehmen ist.

Weiter wurde bemerkt, dass ein gewisser Heidegger, welcher gewählt hat, minderjährig sei. Das ist nicht richtig, durch die Vorlage des Taufscheines ist das Gegentheil bewiesen.

Ferner soll Herr v. Götz einem Herrn Brandeis den Wahlzettel dictiert haben. Selbst wenn das wahr wäre, wäre es keine Illegalität. Man muss ja den Stimmzettel nicht selber schreiben, sondern kann sich ihn schreiben, ja auch dictieren lassen. Übrigens hat es sich hier auch nur darum gehandelt, dass Herr Götz den Betreffenden zufällig traf und ihm die Adresse, die auf dem Stimmzettel fehlte, dictierte.

Ferner ist bemerkt, dass ein gewisser Alfred Herrmann nicht persönlich bei der Wahl erschienen sei. Das ist unrichtig. Es ist nachgewiesen, dass er persönlich bei der Wahl war.

Weiters wurde bemerkt, dass ein Oberlehrer — ich erlaube mir, den Namen nicht zu nennen — deshalb nicht zur Wahl hätte zugelassen werden sollen, weil derselbe sich in Disciplinar-Untersuchung befindet. Nun, die Verhängung einer Disciplinar-Untersuchung ist kein Ausschließungsgrund vom activen Wahlrechte.

Ferner wurde bemerkt, dass ein gewisser Bude nicht in dem zweiten Wahlkörper wahlberechtigt sei, aber dennoch gewählt habe. Die Erhebungen haben ergeben, dass derselbe den Militärcharakter quittiert hat, dass der Betreffende gegenwärtig Beamter der Staatsbahn ist, einen entsprechenden Gehalt bezieht, Steuer zahlt und in der That im zweiten Wahlkörper wahlberechtigt war.

Ferner wurde bemerkt, dass ein gewisser Weber gewählt hat, obwohl er ungarischer Unterthan sei. Auch hier gilt das, was wiederholt gesagt worden ist, nämlich dass derselbe in der Wählerliste war, also jedenfalls das formale Recht, zu wählen, hatte. Ferner wurde dem Proteste beigelegt die Abschrift eines Schreibens, welches ein gewisser Herr Ergert an den früher von mir nicht genannten Oberlehrer, der sich in Disciplinaruntersuchung befindet, gerichtet hat, und worin er Einfluss darauf geübt hat, dass derselbe für Herrn Raimund v. Götz stimme. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich bitte, diesen Brief zu verlesen! Rufe rechts: Wir verzichten! Widerspruch links.)

Bürgermeister: Ich bitte, nicht so aufgeregt zu sein! Er wird ja verlesen; gedulden Sie sich.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest): „Lieber Freund! Nachdem es mir leider unmöglich ist, mich mündlich eines Auftrages zu entledigen, bitte ich Dich, mir zu gestatten, dass ich es schriftlich erledige, da ich gerade gegenwärtig so in Anspruch genommen bin, dass ich leider bei Dir nicht vorsprechen kann.

Herr Dr. Adolf Seidler läſst Dich dringendst bitten, Deine Stimme für Herrn Raimund v. Götz abzugeben, er glaubt ein Recht darauf zu haben, von Dir diese Gefälligkeit zu verlangen, nachdem er gerade über Aufforderung des Herrn v. Götz für Dich in wärmster Weise im Bezirksschulrathe eingetreten ist, wie Du bei den Lehrervertretern leicht in Erfahrung bringen kannst.

Herr Dr. Seidler rechnet mit Bestimmtheit auf Deine Stimme, die ausschlaggebend sein kann, da der gegnerische Beamtenverband alle Mittel in Bewegung setzt, um Herrn v. Götz zu werfen.

Ich mag und will nicht annehmen, dass Du auch die Bitte des Herrn Dr. Seidler nicht erfüllst, Du machst Dir selbst Feinde und das wirst Du doch nicht wollen. Indem ich Dich bestens begrüße, verbleibe Dein Freund

Wilh. Ergert."

(Lebhafte Unruhe.)

Bürgermeister: Aber, meine Herren, ich bitte um Ruhe!

Referent: Wir haben hier die Aufgabe, zu prüfen, ob irgendein legaler Grund vorliegt, um eine Wahl zu annullieren. Über diesen Brief kann man sich ebensogut ein Urtheil bilden, als vielleicht auch darüber, dass ein an einen Freund unter Couvert gerichteter Brief der Gegenpartei ausgeliefert wurde. Über das eine, wie über das andere, sind die Gedanken und Urtheile zollfrei, aber hier handelt es sich um den Standpunkt des Gesetzes und von diesem Standpunkte liegt nichts vor, was auf die Legalität dieser Wahl einen Einfluss üben könnte. Ich erlaube mir daher, fortzufahren. Es handelt sich weiter darum, dass ein Sicherheitswachmann die Äußerung machte, es seien Wahlzettel entlockt worden und Stimmenkäufe vorgekommen. Derselbe wurde eruiert, er heißt Emmerich und hat zu Protokoll gegeben, dass er wohl von solchen Gerüchten gehört habe, dass er aber aus eigener Wahrnehmung über derlei Vorkommnisse nichts auszusagen vermag. Das ist also auch eine jener Colportagen, wie sie so häufig vorkommen. Aus all diesen Punkten werden Sie entnehmen, dass, wenn es sich hier um Stimmen handelt, welche abgegeben worden sind — denn von einer Illegalität der Wahl kann nicht die Rede sein — höchstens ein Abfall von zwei bis drei Stimmen in Betracht kommen kann. Nachdem Herr v. Götz aber gegenüber einer absoluten Majorität von 361 Stimmen 389 Stimmen erhielt, so liegt kein Grund vor, einen anderen Antrag zu stellen als den, die Wahl zu verificieren.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Dr. Geßmann!

Gem.-Rath Dr. Geßmann: Es muss nur constatiert werden, dass die Wahl des zweiten Wahlkörpers im XIII. Bezirke eine solche war, die zu den schmählichsten in Wien zu zählen ist. (Lebhafte Zustimmung links.)

Bürgermeister (unterbrechend): Ich bitte, Herr Gemeinderath!

Gem.-Rath Dr. Geßmann (fortfahrend): Ja, das kann ich sagen; mit so unerhörten Mitteln der Corruption ist bei dieser Wahl gearbeitet worden, ein so unerhörter schamloser Druck ist auf die Beamten auszuüben versucht worden. Und es charakterisiert die Haltung des Bezirksschulrathes der hier verlesene Brief auf das allerdeutlichste. Es zeigt sich gerade bei dieser Gelegenheit, warum die Herren absolut niemanden von der Opposition in den Bezirksschulrath hineinwählen wollen. (Lebhafte Zustimmung links.) Es handelt sich nicht um die Aufrechthaltung irgendwelcher Gesetze. Gar keine Rede! Sondern diese Protectionswirtschaft, der Druck auf die Lehrerschaft, die unerhörte Ausbeutung Ihrer politischen Machtstellung in einer solchen Schulbehörde ist es, um derentwillen Sie absolut die Opposition nie in den Bezirksschulrath hineinkommen lassen. Unterstehen Sie sich nicht . . . . (Lebhafter Widerspruch rechts. — Lebhafter Beifall und Händeklatschen links.)

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Dr. Geßmann! (Erneuerter Beifall und lebhafte Zwischenrufe links.) Ich bitte, jetzt habe ich das Wort. Erstens bitte ich, sich auf Ihren Platz zu begeben und nicht in den Saal zu schreien. (Rufe links: Recht hat er!) Es ist mir unfassbar . . . . (Lärm links und Rufe:

Herr Bürgermeister! Vertheidigen Sie das Unrecht nicht! Das ist Wahlschweinerei!) Aber ich bitte Sie, das ist alles gemacht, alles gemacht!

Herr Gem.-Rath Dr. Geßmann! Es ist mir unfassbar, wie man mit einer solchen zügellosen Leidenschaft hier sprechen kann. Ich ermahne Sie, halten Sie sich an die Ordnung! (Unruhe links.)

Gem.-Rath Dr. Geßmann: Ich will Ihre Aufmerksamkeit durchaus nicht länger in Anspruch nehmen, aber das eine muss constatiert und angenagelt werden, dass es sich gerade bei dieser Gelegenheit gezeigt hat, warum die Herren so eifersüchtig sind, dass absolut niemand von der Opposition in den Bezirksschulrath hineinkommt. Es handelt sich um nichts anderes, als darum, dass die Lehrer in voller Abhängigkeit bezüglich ihres Stimm- und Wahlrechtes gehalten werden, und ich wiederhole es, meine Herren, reden Sie nicht mehr von Ihrer Lehrerfreundlichkeit! Die Art und Weise Ihres Vorgehens gegenüber den Lehrern und Beamten bei der Wahl im XIII. Bezirke hat auf das deutlichste gezeigt, wie Sie die Beamten und Lehrer bei Ausübung ihres Wahlrechtes behandeln. Es ist ein so unerhörter Druck, eine so unverschämte Beeinflussung .... (Lebhafter Beifall und Händeklatschen links. — Widerspruch rechts. — Gem.-Rath Pursch t: Ruhig, Juden! Ruhig, Juden!)

Bürgermeister (unterbrechend): Herr Gem.-Rath Dr. Geßmann, ich rufe Sie zur Ordnung! (Lärmender Widerspruch links.)

Gem.-Rath Dr. Geßmann: Ist das eine unverschämte Beeinflussung, Herr Bürgermeister, oder nicht?

Bürgermeister: Wer hat den Druck auf die Beamten und Lehrer ausgeübt?

Gem.-Rath Dr. Geßmann: Die liberale Partei!

Bürgermeister: In dem Proteste steht nichts davon.

Gem.-Rath Dr. Geßmann: Das liest jeder, der deutsch lesen kann.

Bürgermeister: Ich weise daher diese Behauptung als vollständig unwahr zurück. (Lärmender Widerspruch links.)

Gem.-Rath Dr. Geßmann: Meine Herren! In Zukunft darf das nicht mehr geschehen. Derlei Dinge dürfen nicht mehr vorkommen, das werden Sie selbst einsehen. Die Früchte werden Sie selbst zu tragen haben. Das darf nicht sein; der Beamte und Lehrer ist nicht einfach Ihr abhängiger Sclave. Wir haben das nie gethan. (Gelächter rechts. — Rufe links: Ruhig, Juden!) Wir haben das nie gethan, wie Sie.

Bürgermeister: Sind Sie zu Ende?

Gem.-Rath Dr. Geßmann: Ja, ich bin zu Ende.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Dr. Nechansky!

Gem.-Rath Dr. Nechansky: Ich hätte mich nicht zum Worte gemeldet, wenn nicht die maßlosen Ausfälle, welche wir soeben gehört haben, eine Abwehr von unserer Seite nothwendig gemacht hätten. Bei einer Wahlverification kommen mir beide Parteien immer so vor, wie zwei böse Nachbarinnen, die einmal in einer schlechten Stunde aneinandergerathen und sich Vorwürfe über ihr Vorleben machen. Die Herren machen immer so, als ob Sie in ihrem Leben nie agitiert hätten. (Gem.-Rath Dr. Geßmann: Agitiert wohl!) Das Agitieren gehört zur Wahl, und was die Herren im Agitieren leisten können, darüber soll man nur die letzten Nummern der „Arbeiter-Zeitung" lesen; da wird man die Vorwürfe, welche die Herren uns machen, in ganz gleicher Weise von den Socialdemokraten gegen die Antisemiten hören. (Rufe links: Bei den Socialdemokraten sind eben auch Juden an der Spitze!) Ich will das alles gar nicht vorbringen — aber das ist der ärgste Terrorismus, der da auf die Bediensteten ausgeübt wird. Jedenfalls haben die Herren, welche das Wahlagitieren so ausgezeichnet verstehen, keinen Anlass, uns in dieser Beziehung auch nur den geringsten Vorwurf zu machen. Wir sind so noble Naturen (Schallendes Gelächter, ironischer Beifall und Händeklatschen links) — hoffentlich wird den Herren die Desperation nicht schaden und nicht den Appetit verderben — ich wiederhole, wir sind so noble Naturen, dass wir den einzelnen Schlichen bei Ihrer Wahlagitation nicht nachgehen. Wir würden auch einen solchen Brief nicht verwerten (Rufe links: O ja!), denn — ich spreche es ganz offen aus — das ist doch wohl eine ganz sonderbare Sache, dass Herr Schwarzböck, an den der Brief gerichtet ist, denselben den Gegnern ausliefert. (Gem.-Rath Dr. Geßmann macht laute Zwischenrufe, die im Lärm unverständlich bleiben.)

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Dr. Geßmann, ich erkläre Ihnen jetzt das letztemal — ich habe Sie jetzt so oft gebeten, sich zu mäßigen — wenn Sie nicht Ruhe geben und wenn Sie so fortfahren ...... (Lärmende Unterbrechung links.) Bei jeder Äußerung, die gemacht wird, springen Sie auf und schreien geradezu wie toll. (Widerspruch links.) Das geht nicht. Wenn Sie sich nicht ruhig halten, werde ich strenger gegen Sie vorgehen.

Gem.-Rath Dr. Nechansky: Ich frage den Herrn Dr. Geßmann — er soll die Hand aufs Herz legen und mir sagen, ob er nie jemanden gebeten hat, einem seiner Candidaten die Stimme zu geben? Hat er dies gethan oder nicht? Warum sollen wir es nicht thun können? Das wäre doch sonderbar. Das ist eben die Geschichte bei den Herren, uns möchten sie immer die Hände binden, aber wenn Sie etwas thun, dann heißt es, das ist fürs Volk gethan und für die gute Sache (Rufe links: So ist es auch!), und für die gute Sache ist jedes Mittel schlecht genug. Mit solchem Maße dürfen Sie nicht messen. In der Wahlagitation geschieht manches, was vielleicht nicht ganz in der Ordnung und nicht ganz correct ist. Das wird auf beiden Seiten gethan. Jedenfalls haben die Herren drüben keinen Anlass, uns in dieser Beziehung einen Vorwurf zu machen.

Was den Bezirksschulrath betrifft, so kann ich den Herren, die uns einen Vorwurf machen, entgegenhalten, sie streben nur in den Bezirksschulrath hineinzukommen, um auf die Lehrer Einfluss zu üben. (Lebhafter Widerspruch, Pfui-Rufe und Lärm links.) Ihre Pfui-Rufe genieren uns jetzt nicht mehr, schreien Sie so viel Sie wollen. Wir werden uns auf den Standpunkt der Abwehr stellen, und das werden wir ebensogut verstehen, wenn es nothwendig ist, wie Sie. Wir werden uns jetzt die Siegel vom Munde reißen.

In der Sache selbst ist auch von Herrn Dr. Geßmann nicht behauptet worden, dass die Wahl zu annullieren sei. (Gem.-Rath Hawranek: Sie ist zu annullieren!) Dann soll Herr Gem.-Rath Hawranek den Antrag stellen, dann werden wir ruhig darüber beschließen. Ich glaube aber, es wären dann noch viel mehr antisemitische Wahlen zu annullieren, wenn wir von solchen Gesichtspunkten ausgehen würden. (Widerspruch links.) Ich bitte, bei der Wahl im XIV. Bezirke ist der Candidat selbst im Wahllocale herumgegangen und hat Wähler zurückgehalten, die wählen wollten unter dem Prätexte, dass sie nicht wahlberechtigt

seien. So machen es die antisemitischen Candidaten. Das machen unsere Candidaten nicht. In der Sache selbst ist nichts einzuwenden, und ich schließe, indem ich bitte, die Wahl zu verificieren. (Beifall rechts.)

Bürgermeister: Zum Worte sind gemeldet die Herren Gem.-Räthe Dr. Lueger, Sebastian Grünbeck, Frauenberger, Stehlik, Dr. Daum und Steiner.

Auf der heutigen Tagesordnung steht zum drittenmale das Referat über die Gasfrage. (Rufe links: Es geht ja schnell!) Wenn Sie die Debatte so führen, so werde ich die Sitzung schließen. Die Erstattung des Referates in der Gasfrage ist absolut unaufschieblich, und ich muss das Referat unter allen Umständen heute erstatten. Wenn die Herren in der Weise debattieren, wie es bis jetzt geschehen ist, indem sie Dinge hereinziehen, die im Proteste nicht vorkommen, werde ich die Wahlverification nicht zu Ende führen.

Herr Gem.-Rath Dr. Lueger!

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich werde mich sehr kurz fassen. Ich erkläre hier nur, dass die Ausführungen des Referenten bezüglich des Punktes 3 betreffs des Magistratsrathes Dr. Seltsam zwar actengemäß richtig sind, dass aber es denn doch wahr ist, was in dem Proteste behauptet wird, dass Magistratsrath Dr. Seltsam auf Beamte einen nach meiner Meinung nicht zulässigen Einfluss genommen hat. Ich selbst bin im Besitze einer Visitkarte des Magistratsrathes Dr. Seltsam, welche folgendermaßen lautet: „Im Namen des Local-Wahlcomités Penzing ersuche ich Euer Wohlgeboren, am so und sovielten Ihre Stimme Herrn St.-R. v. Götz zu geben; es wird nur auf wenige Stimmen ankommen; es ist daher Pflicht eines jeden, bei der Wahl zu erscheinen." (Rufe rechts: Na, also!)

Gem.-Rath Steiner: Der soll eingezogen werden, der gehört nicht mehr ins magistratische Bezirksamt!

Bürgermeister: Unterlassen Sie solche Äußerungen; Sie haben ja keine Disposition!

Gem.-Rath Dr. Lueger (fortfahrend): Meine Herren! Wenn ein antisemitisch gesinnter Lehrer oder Beamter in der Weise agitieren würde, so würde längst gegen ihn die Disciplinaruntersuchung anhängig gemacht werden. Es ist dies auch geschehen; zum mindesten sind sie verwarnt worden. Ich bringe das zur Kenntnis und bemerke schließlich, dass ein Amtsleiter eines magistratischen Bezirksamtes, wenn auch der Amtsleiter des magistratischen Bezirksamtes im XII. Bezirke, dennoch nicht eine solche Thätigkeit im unmittelbar benachbarten Bezirke entfalten soll. Das ist meine persönliche Überzeugung. Zweitens erlauben Sie mir denn doch aufmerksam zu machen, dass das, was im Briefe des Lehrers oder Oberlehrers Ergert an den anderen Oberlehrer Schwarzbeck steht, ein Stück Corruption bedeutet, wie es nicht ärger gedacht werden kann. Ich bin neugierig, ob einer von Ihnen den Muth haben wird, sich offen mit dem, was in diesem Briefe steht, zu identificieren. Sie selbst müssen einsehen, wie arg es ist.

Zuerst gestatten Sie mir, zu bemerken, dass es mir vollständig unbegreiflich ist, warum Sie gar so außer sich sind, dass Herr Schwarzbeck den Brief der anderen Partei, also unserer Partei, eingehändigt hat. Warum soll er es nicht thun? Warum denn nicht? Der Betreffende hätte den Brief nicht schreiben sollen. (Rufe links: So ist es!) Wenn aber jemand einen solchen Brief schreibt, dann ist es wohl Pflicht des Empfängers, einen solchen Brief der Öffentlichkeit zu übergeben, damit geheime Schliche wirklich in die Öffentlichkeit kommen. Was steht in dem Briefe drinnen, ohne dass seither geklagt worden wäre?

In dem Briefe steht, dass auf Veranlassung des St.-R. v. Götz der Dr. Seidler, der Schwiegersohn eines hier im Hause mächtigen Mannes, sich im Bezirksschulrathe für den Schwarzbeck eingesetzt hat. Was steht weiter darin? Dass der Herr Dr. Seidler erwartet, dass — ich könnte sagen, aus Dank hiefür — Schwarzbeck dem Stadtrathe seine Stimme gibt, und weiters steht endlich eine versteckte Drohung darin, des Inhaltes, dass Oberlehrer Schwarzbeck sich nicht Feinde machen solle. Meine Herren! Wenn es so zugeht, wenn der Brief wahrheitsgetreu ist, wenn das, was im Briefe drinnensteht, wirklich im Auftrage des Dr Seidler berichtet worden ist... (Rufe rechts: Wenn! Wenn!) Es ist nicht abgeleugnet worden. (Zwischenruf rechts.) Ich bitte, ich spreche so deutlich, dass eine Ergänzung meiner Rede selbst durch den Herrn St.-R. Huber nicht benöthigt wird. (Rufe links: Das hat der Friedjung gesagt!) Dann ist es der Friedjung, ich bitte um Entschuldigung. (Gem.-Rath Dr. Huber: Lassen Sie mich aus dem Spiele! — Heiterkeit links.)

Meine Herren! Wenn das wahr ist, was in diesem Briefe steht, dann ist der Bezirksschulrath eine ganz merkwürdige Institution; wenn das nicht wahr ist, dann hätte man klagen sollen. Die Herren sollen klagen, Herr Dr. Seidler soll auf Ehrenbeleidigung klagen, ihm wird hier etwas zugemuthet, was ein anständiger Mensch sich nicht zumuthen läßt. Er soll klagen oder der Bezirksschulrath soll gegen Herrn Dr. Seidler die Disciplinaruntersuchung einleiten, wenn es gienge. Es geht leider nicht, aber es sollte geschehen. Übrigens, die Welt wird darüber urtheilen. Meine Herren, die Wähler werden sich selbst darüber klar werden, ob das richtig ist oder nicht, sie werden sich über Sie ein richtiges Urtheil zu bilden wissen. Sie können versichert sein, nur aus diesem Grunde habe ich die Verlesung dieses originellen und wirklich höchst interessanten Schreibens verlangt, und wenn ich jemals meine Freude gehabt habe, dass ich Mitglied des Stadtrathes bin, so habe ich sie heute gehabt; denn wenn ich nicht Mitglied des Stadtrathes gewesen wäre, hätte ich nicht gewusst, was in diesem Schreiben steht, und hätte die Verlesung nicht verlangt. So aber habe ich die Verlesung verlangt, und jetzt weiß die ganze Welt, wie es zugeht und wie es zur Charakterisierung Ihrer Partei unbedingt nothwendig ist. (Lebhafter Beifall links.)

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Herold zur Geschäftsordnung!

Gem.-Rath Herold (zur Geschäftsordnung): Mit Rücksicht auf das wichtige Referat über die Gasfrage erlaube ich mir, die Wahl von Generalrednern zu beantragen.

Bürgermeister: Es ist die Wahl von Generalrednern beantragt. Ich ersuche die Herren, welche damit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Es sind noch zum Worte gemeldet: Herr Gem.-Rath Sebastian Grünbeck pro oder contra?

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck: Ich verzichte!

Bürgermeister: Meine Herren, verzichten Sie doch! Herr Gem.-Rath Sebastian Grünbeck verzichtet; Herr Gem.-Rath Frauenberger verzichtet ebenfalls?

Gem.-Rath Frauenberger: Nein, ich muss sehr bitten! (Lebhafte Heiterkeit.)

Bürgermeister: Wenn nicht verzichtet wird, muss die Wahl von Generalrednern vorgenommen werden.

Herr Gem.-Rath Frauenberger für oder gegen?

Gem.-Rath Frauenberger: Für!

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Stehlik?

Gem.-Rath Stehlik: Pro!

Bürgermeister: Also pro! (Unruhe links.)

Gem.-Rath Stehlik: Nein, gegen! (Lebhafte Heiterkeit.)

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Dr. Daum!

Gem.-Rath Dr. Daum: Pro!

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Steiner contra. Also Herr Gem.-Rath Frauenberger und Herr Gem.-Rath Dr. Daum für, Herr Gem.-Rath Stehlik und Herr Gem.-Rath Steiner gegen. Ich bitte, die Wahl von Generalrednern vorzunehmen. (Nach einer Pause:) Herr Gem.-Rath Dr. Daum!

Gem.-Rath Dr. Daum: Meine Herren! Nur zwei Worte. Es ist hier ein Brief zur Verlesung gekommen, von dem ich bedauere, dass er verlesen wurde, und ich glaube nicht, dass aus demselben die Consequenzen gezogen werden konnten, wie es hier der Fall war, da es sich nur um eine private Äußerung irgendeiner taktlosen Persönlichkeit handelt. Ich habe mich aber genöthigt gesehen, das Wort zu ergreifen, weil aus diesem Briefe Consequenzen gezogen und Vorwürfe gegen den Bezirksschulrath vorgebracht wurden, welchem ich seit langem anzugehören die Ehre habe und weil ich stolz bin auf die Arbeit, welche dort geleistet wird.

Ich muss hier berichtigen, dass im Bezirksschulrathe, solange ich demselben angehöre, und das wird Ihnen von vielen Persönlichkeiten bestätigt werden, die Sie kennen, die Parteistellung in gar keiner Sache zur Sprache gekommen oder von Einfluss auf die Entscheidung gewesen ist. Das können alle Herren, die hier anwesend und Mitglieder des Bezirksschulrathes sind, und auch die sonstigen Mitglieder bestätigen. Das muss hier constatiert werden. Übrigens bemerke ich, dass bekanntermaßen die Besetzung der Lehrstellen gar nicht durch den Bezirksschulrath erfolgt.

Gem.-Rath Frauenberger: Sonst haben Sie nichts zu sagen? (Stürmische Heiterkeit.)

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Steiner!

Gem.-Rath Steiner: Meine Herren! Dieser Brief ist sehr lehrreich für diejenigen, welche nicht die Ehre haben, dem Bezirksschulrathe anzugehören. Aber wenn Herr Collega Dr. Daum behauptet, dass im Bezirksschulrathe ganz objectiv vorgegangen wird, dann wird er wohl selbst zugeben, dass die vielen Disciplinaruntersuchungen gegen Lehrer unserer Partei auf eine objective Führung der Geschäfte im Bezirksschulrathe nicht schließen lassen.

Bürgermeister (unterbrechend): Aber ich bitte!

Gem.-Rath Steiner (fortfahrend): Ich bitte, das muss gesagt werden. Nicht nur der Herr Bezirksschulrath Dr. Seidler, auch der Herr Vorsitzende-Stellvertreter Dr. Reisch hat in der unerhörtesten Weise im XIX. Bezirke agitiert; es sind Briefe geschrieben worden an Lehrer, die Lehrer sind maltraitiert worden, dass sie nicht zur Wahl gehen. Herr Bürgermeister, das muss klargestellt werden!

Bürgermeister: Das hängt mit dem Bezirksschulrathe nicht zusammen, lassen Sie das.

Gem.-Rath Steiner: Das hängt zusammen. Wenn Herr Dr. Seidler schreibt, dass dem Herrn Schwarzböck eine Gefälligkeit erwiesen wurde durch maßgebende Persönlichkeiten, so ist das ja die helle Protectionswirtschaft, und das muss hier öffentlich bekanntgegeben werden. (Bürgermeister: Das steht nicht im Briefe!) Ich bin auch überzeugt, dass Herr Dr. Seidler die Consequenzen aus dieser Debatte ziehen und seine Stelle als Bezirksschulrath niederlegen wird. (Unruhe und Widerspruch rechts.)

Bürgermeister: Ich bitte fortzufahren.

Gem.-Rath Steiner: Andererseits bitte ich, dass der betroffene Herr sich auch meldet und die Consequenzen zieht, auf den sich hier berufen wird, welcher so großen Einfluss im Rathhause haben soll. Es geht doch nicht, dass dieser Druck bei den Wahlen ausgeübt wird, und wenn Herr Gem.-Rath Dr. Nechansky, der im vorigen Jahre so für das stille Kämmerlein geschwärmt hat — er thut es heute noch — meint, dass er unseren Schlichen und Conventikeln nicht nachgehen will, so antworte ich ihm darauf: Wir sprechen in öffentlichen Wählerversammlungen, Sie kommen in Conventikeln zusammen, dort wird alles beschlossen; nicht wir gehen in Conventikel.

Ich würde überhaupt den Herrn Bürgermeister bitten, die Redner nicht auf so kleinliche Weise zu unterbrechen. Einmal unterbricht er einen Redner, wenn derselbe in der Hitze der Debatte nicht das Wort „Herr" vorsetzt; das anderemal unterbricht er einen Redner, wenn er sich einen Schritt von seinem Sitze entfernt. Verzeihen Sie, Herr Bürgermeister, Sie sind nicht auf der Höhe der Situation.

Bürgermeister: Der Herr Referent hat das Schlusswort.

Referent (zum Schlussworte): Ich habe mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit gar nichts mehr zu erwidern und bitte nochmals um Verificierung der Wahl.

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung. Ich bitte die Herren, welche die Wahl anerkennen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Majorität; angenommen.

Referent: Ich komme nun zum dritten Proteste.

Bürgermeister: Da ich nicht weiß, ob eine Debatte darüber stattfinden wird, erkläre ich, dass, wenn eine Debatte beginnt, ich nicht in der Lage bin, die Verhandlung heute fortzuführen.

Herr Referent!

Referent: Im XIV. Bezirke wurden giltige Stimmzettel abgegeben 386, Wähler waren erschienen 387, 1 Stimmzettel war ungiltig. Die absolute Majorität ist 194. Es erhielten Herr Georg Röhrl 204 Stimmen, Herr Karl Schwarzmayer 194 Stimmen. Es sind nun gegen letztere Wahl folgende Einwendungen gemacht worden: Es sei die Commission nicht giltig zusammengesetzt worden, und zwar habe der Bezirksvorsteher eine Zeitlang als Commissionsmitglied fungiert. Es ist nun thatsächlich richtig, dass der Bezirksvorsteher auf eine ganz kurze Zeit, während der Vorsitzende sich entfernen musste, eingesprungen ist, auf Grundlage einer allgemeinen Weisung an die Bezirksvorsteher, dass dieselben für die Vollständigkeit der Wahlcommission zu sorgen haben. Es ist das gar kein Illegalitätsgrund. Ferner wurde mit Rücksicht auf die Verhinderung eines Mitgliedes der Commission ein gewisser Herr Leon Onderka vom Bezirksvorsteher in dieselbe berufen. Es hat sich nun thatsächlich herausgestellt, dass derselbe nicht in der Wählerliste war, und ist das ein Angriffspunkt des Protestes. Das ist aber in keiner Weise geeignet, die Legalität der Commission in Frage zu stellen, und zwar aus dem Grunde, weil der Verwaltungsgerichtshof in mehreren, von mir im Stadtrathe bekanntgegebenen Entscheidungen ausgesprochen hat, dass zur Berufung in die Commission nicht die Eintragung in die Wählerliste oder die Eintragung in die Wählerliste des betreffenden Wahlkörpers nothwendig sei, sondern nur das

Vorhandensein der Wählbarkeit. Diese active Wählbarkeit steht bei Herrn Leon Onderka nach den Erhebungen vollständig zweifellos fest und ist auch in dieser Beziehung eine Illegalität nicht vorhanden. Drittens wurde behauptet, dass der Wahlact eine Viertelstunde zu spät angefangen habe und dadurch Wähler in die Lage hätten kommen können, ihr Wahlrecht nicht auszuüben. Es ist aber ein concreter Fall, dass ein Wähler dadurch, dass der Wahlact thatsächlich 5 bis 6 Minuten nach 8 Uhr begonnen hat, nicht zur Wahl gekommen wäre, nicht nachgewiesen. Endlich noch ein Punkt, nämlich der, dass ein gewisser Alexander Simon erschienen ist und wählen wollte. Derselbe sei über Reclamation des Herrn Schwarzmayer befragt worden, ob er österreichischer Staatsbürger sei. Das habe er verneint. Es habe sich eine Meinungsdifferenz ergeben, indem von einem Commissionsmitgliede erklärt wurde, daß er wählen könne, von einem anderen wieder, dass er nicht wählen könne. Ein Commissions-Beschluss wurde nicht eingeholt, sondern der betreffende fungierende magistratische Commissär hat ausdrücklich erklärt, es sei zwar die Frage zweifelhaft, allein wenn er darauf bestehe, könne er ohne allen Anstand wählen, der Protest werde zu Protokoll genommen werden. Herr Simon ist aber weggegangen, ohne zu wählen.

Herr Simon ist also weder vom magistratischen Commissär noch durch Commissions-Beschluss ausgeschlossen worden, und konnte wählen. Übrigens, selbst wenn er seine Stimme abgegeben hätte, würde sich die Anzahl der Stimmen um eine erhöht haben. Es würden also statt 386 387 Stimmen gewesen sein. Die Majorität wäre auch nur 194 gewesen. Diese Majorität hat also Herr Schwarzmayer unter allen Umständen und ich beantrage daher die Verificierung der Wahl.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Frauenberger!

Gem.-Rath Frauenberger: Ich muss offen gestehen, dass es gerade bei dieser Wahl ganz sonderbar zugegangen ist, recht nett, muss man sagen. Der Herr Bezirksvorsteher hat den Vorsitz geführt, wie Sie alle gehört haben, ohne dass er Mitglied der Commission gewesen ist.

Es heißt hier freilich, man weiß nicht, ob Wähler fortgegangen sind oder nicht; dann wurde ein Wähler gefragt, ob er österreichischer Staatsbürger ist; nun ist er aber in der Wählerliste. Ein solcher Vorgang ist mir unbegreiflich. Ich muss daher zunächst bitten, dass der Wahlprotest verlesen werde; ich mache es aber nicht so, wie Dr. Lueger, der den leisesten Wunsch ausgesprochen hat, es möge der Brief vorgelesen werden, und er ist gleich, ohne dass die Versammlung befragt worden wäre, verlesen worden. Ich stelle den Antrag, dass der Protest verlesen wird. Werde ich niedergestimmt, so wird er nicht verlesen. Ich will nicht, dass das Verlesen auf meinen bloßen Wunsch geschieht. Wenn aber solche Dinge vorkommen und der Herr dann mit 1 Stimme Majorität gewählt wird, dann sagen die Herren nichts, weil er ihr Mann ist. (Lärm links.) Gleiches Maß für alle! Was den verehrten Herrn Gem.-Rath Dr. Geßmann betrifft, so erinnere ich ihn daran, dass auch er in unserem Bezirke Karten an die Beamten ausgeschickt hat. (Gem.-Rath Dr. Geßmann: Natürlich! Ich bin ja kein Vorstand!) Ich erinnere Herrn Dr. Geßmann daran, dass er separat eine Lehrer-Versammlung einberufen hat (Gelächter links), dass er separat eine Beamten-Versammlung einberufen hat. Wenn Sie glauben, dass Sie nur herüberschießen können und von uns niemand zur Abwehr da ist, der hinüberschießt, so irren Sie sehr. Ich werde bitten, dass der Protest verlesen werde, dann werde ich mir weiter das Wort erbitten.

Bürgermeister: Dann, glaube ich, vertagen wir die Verhandlung auf die nächste Sitzung. Der Herr Referent hat das Wort.

Referent: Ich erlaube mir zu constatieren, dass ich Ihnen den Protest vollständig genau vorgetragen habe, so wie ich glaube das Zeugnis zu verdienen, dass ich zu den genauen Referenten gehöre (Zustimmung); wenn ich auch darin kein Misstrauen gegen mich erblicken will, so finde ich es doch ganz unnöthig, die Zeit mit der Verlesung des Protestes zu verbringen. Ich lege den größten Wert darauf, dass die Herren die Güte haben mögen, diesen Protest zu erledigen, damit wir endlich über die Sache hinwegkommen.

Bürgermeister: Ich ersuche jene Herren, welche mit der Verlesung des Protestes einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Minorität.

Herr Gem.-Rath Fuchs!

Gem.-Rath Fuchs: Ich war bei der Commission und kann nur constatieren, dass nach bestem Wissen und Gewissen vorgegangen wurde. Was den Umstand betrifft, dass ein, zwei Zettel von Herrn Holocher unterschrieben worden sind, so muss ich erklären, dass während ich zum Speisen gegangen bin, mittlerweile zwei, drei Herren gekommen sind. Er musste annehmen, dass er als Bezirksvorsteher Mitglied der Commission sei und hat auf diese Weise vielleicht einen, zwei Zettel unterschrieben.

Was Herrn Simon anbelangt, so hat der Herr Magistratsleiter gesagt: Nachdem er ungarischer Staatsbürger ist, kann man ihn absolut nicht annehmen. Wir haben dann wohl Herrn Simon gesagt, er solle später kommen; er ist zur Wahl nicht mehr erschienen; hintragen können wir ihn nicht.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Brauneiß! (Derselbe verzichtet.)

Herr Gem.-Rath Frauenberger!

Gem.-Rath Frauenberger: Ich beantrage ohne weitere Begründung die Annullierung dieser Wahl.

Referent: Ich habe nichts zu bemerken und bitte um die Abstimmung.

Bürgermeister: Der Herr Referent stellt den Antrag auf Anerkennung dieser Wahl. Herr Gem.-Rath Frauenberger beantragt die Annullierung. Ich glaube, dass die Annullierung die reine Negation ist. Wird eine Einwendung gegen diese Auffassung erhoben? (Es ist nicht der Fall.) Dann nehme ich die Abstimmung in der Weise vor, dass über den Antrag des Herrn Referenten abgestimmt wird. Ich ersuche die Herren, welche im Sinne des Stadtraths-Antrages für die Anerkennung der Wahl stimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Majorität. Angenommen.

Beschluss: Die in der Zeit vom 28. März bis 4. April 1895 durchgeführten Gemeinderaths- und Bezirksausschusswahlen werden im Sinne des § 21 der Gemeinde-Wahlordnung anerkannt.

Die gegen die Wahlen in den Gemeinderath aus dem zweiten Wahlkörper des XIII. und XIV. Bezirkes und

gegen die Ergänzungswahl in den Gemeinderath aus dem dritten Wahlkörper des II. Bezirkes eingebrachten Proteste werden zurückgewiesen.

Bürgermeister: Die öffentliche Sitzung ist geschlossen, es folgt eine vertrauliche.

(Schluss der öffentlichen Sitzung um 6 Uhr 45 Minuten abends.)

Beschluss-Protokoll

der **vertraulichen** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien

vom **23. April 1895.**

Vorsitz: **Vice-Bürgermeister Dr. Richter.**

(3019.) **Bürgermeister Dr. Grübl** referiert über die Gasfrage und beantragt:

Es sei mit der Imperial-Continental-Gas-Association wegen eventueller Herabminderung des Übernahmspreises der auf circa 16 Millionen geschätzten Gaswerke dieser Gesellschaft und wegen Feststellung der eventuellen Übernahmsbedingungen in Verhandlung zu treten.

Für diese Verhandlungen wird ein Termin von längstens vier Wochen festgesetzt. Während dieser Frist sind jedoch alle für den Beginn des Baues eigener städtischer Gaswerke nöthigen Schritte ununterbrochen fortzusetzen.

(Experten: Baudirector Berger, Ingenieur Hermann und Stadtanwalt Dr. Schmitt.)

Nach einer lebhaften Debatte und nach Abgabe einer Erklärung des Gem.-Rathes Dr. Lueger, wonach seine Partei gegen Verhandlungen mit der Imperial-Continental-Gas-Association sei, wird der Antrag des Referenten mit 62 gegen 29 Stimmen angenommen.

(Schluss der Sitzung.)

Stadtrath.

Sitzungen des Stadtrathes.

Dienstag, den 30. April 1895.
Mittwoch, den 1. Mai 1895.
Donnerstag, den 2. Mai 1895.
Freitag, den 3. Mai 1895.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **17. April 1895.**

Vorsitzende: Vice-Bürgermeister Dr. Richter.
Vice-Bürgermeister Matzenauer.

Anwesende: Dr. v. Billing, Dr. Lueger, v. Götz, Matthies, Dr. Hackenberg, Mayer, Dr. Huber, Müller, Dr. Klotzberg, Dr. Rechansky, Kreindl, v. Neumann, Rückauf, Baugoin, Schlechter, Dr. Vogler, Schneiderhan, Witzelsberger, Stiaßny,

Entschuldigt: St.-R. Dr. Lederer, Wurm.
Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Bibl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter eröffnet die Sitzung. St.-R. Dr. Lederer entschuldigt sein Ausbleiben von den nächsten Stadtraths-Sitzungen wegen einer Reise. St.-R. Stiaßny entschuldigt sein Ausbleiben von der ersten Hälfte der heutigen Sitzung wegen Theilnahme an einer Sitzung der Donauregulierungs-Commission. Ferner entschuldigt St.-R. Wurm sein Ausbleiben von der heutigen Sitzung. (Zur Kenntnis.)

Nachweisung über die Belastung des Reservefondes mit 13. April 1895.

Reservefond		400.000 fl. — kr.
Effective Belastung . . .	39.809 fl. 97 kr.	
Belastung durch in Aussicht stehende, bereits genehmigte, jedoch noch nicht effectuierte Auslagen	42.339 „ 25 „	
zusammen .		82.149 „ 22 „
daher noch verfügbar .		317.850 fl. 78 kr.
und nach Abzug der für unvorhergesehene Auslagen bei den Bezirken I bis XIX à 500 fl. zu reservierenden		9.500 „ — „
noch		308.350 fl. 78 kr.

Außerdem stehen für Rechnung des Reservefondes Anträge im Gesammtbetrage von 138.052 fl. 48½ kr. in Vormerkung, bezüglich deren die Genehmigung noch aussteht. (Zur Kenntnis.)

(2541.) **St.-R. Baugoin** referiert über das Ansuchen des Heinrich Ritt. v. Komarek als Vormund der Aloisia Bauer, Volksschullehrerswaise, um Belassung der letzten Quote ihrer infolge Erlangung eines Postens als Erzieherin einzustellenden Gnadengabe und beantragt, es sei der Genannten unter Einstellung der Gnadengabe mit 1. October 1894 der Betrag von 56 fl. 66 kr. als einmalige Unterstützung aus den eigenen Geldern zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2903.) **Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit von Beerdigungskosten nach sieben Parteien aus dem VIII. Bezirke per zusammen 20 fl. 17½ kr. und beantragt die Abschreibung.

(Angenommen.)

(2938.) **St.-R. Müller** referiert über das Project der Wiener Tramway-Gesellschaft für die Umwandlung des in der Porzellangasse bestehenden einfachen Geleises in ein Doppelgeleise und beantragt, diesem Projecte vom Standpunkte der Straßenbenützung unter Vorbehalt aller, der Gemeinde Wien aus den bestehenden Verträgen gegen die ansuchende Gesellschaft zustehenden Rechte und der Bedingungen, welche bei der über das Project abzuhaltenden politischen Begehung seitens der Gemeinde Wien etwa noch gestellt werden sollten, die Zustimmung zu ertheilen. (Angenommen.)

(2065.) **Derselbe** referiert über die Überwachung und Reinhaltung des Eislaufplatzes bei der Schule Unter-St. Veit, Auhofstraße 49, und beantragt, dass die mit der Überwachung und Rein-

haltung dieses Eislaufplatzes, der nur von den Schulkindern der beiden Schulen im ehemaligen Unter-St. Veit an jedem Mittwoch und Samstag nachmittags benützt werden darf, verbundenen Arbeiten dem Schuldiener an den bezeichneten Schulen gegen eine Entlohnung von 50 kr. pro Schleiftag übertragen werden. Die Beaufsichtigung des Eislaufbetriebes wollen laut Zuschrift der Schulleiter die betreffenden Lehrpersonen unentgeltlich übernehmen, was dankend zur Kenntnis zu nehmen wäre. (Angenommen.)

(2531.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Heinrich Sikora um Verlängerung des Arbeitstermines für die Alsbach-Einwölbung im XVI. Bezirke und beantragt, dem Genannten in Anbetracht der bei der Arbeitsausführung eingetretenen unvorhergesehenen Schwierigkeiten eine Verlängerung des Arbeitstermines um 80 Arbeitstage vom 8. März d. J. an gerechnet zuzugestehen. (Angenommen.)

(2882.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Dr. Julius Fürth um Rückerstattung einer Baugebür und eines Materiallager-Platzzinses per zusammen 65 fl. 93 kr. für den beabsichtigt gewesenen Bau eines Sanatoriums im XVIII. Bezirke, Michaelerstraße 25, und beantragt die Gesuchsgewährung nach dem Bezirksamts-Antrage. (Angenommen.)

(2908.) **Derselbe** referiert über die Bedeckung eines Restbetrages per 255 fl. 5 kr. für die Einrichtung des Sitzungssaales im Amtshause des XVIII. Bezirkes und beantragt die Verweisung dieses Betrages auf den Reservefond. (Angenommen.)

(2939.) **Derselbe** referiert über die Untersuchung des Bauzustandes der Schmelzbrücke im XIV. Bezirke und beantragt:

1. das Offert der Firma Ig. Gridl, wonach dieselbe bereit ist, diese Untersuchung sammt Beistellung der Gerüstungen ꝛc. und Abfuhr derselben, sowie Herstellung von geringfügigen Verbesserungen (Anziehen der Schrauben, Ersatz von Nieten, Anziehen der Bleche ꝛc.) um den Pauschalbetrag von 850 fl. auszuführen, zu genehmigen;

2. für die zum Zwecke der Untersuchung erforderliche, theilweise Entfernung und Wiederherstellung des Holzstöckelpflasters der Brückenfahrbahn, sowie

3. für die etwa erforderlichen Reparaturen der Befestigung der Schutzbleche unter der Brückentafel je einen Pauschalbetrag von 100 fl. gegen nachträgliche Detailverrechnung zu genehmigen;

4. zur Bedeckung dieser Kostenbeträge einen Zuschusscredit von 1050 fl. zur Ausgabs-Rubrik XXIII 4 zu bewilligen. (Angenommen.)

(2265.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Ed. Rzehaczek um Nachsicht des Pönales für die bei der Einwölbung des Krottenbaches eingetretene Überschreitung des Arbeitstermines von 130 Tagen um 40 Tage und beantragt, ein Pönale von 360 fl. zu bestimmen.

St.-R. Kreindl beantragt 100 fl.

Referenten-Antrag abgelehnt.

Antrag Kreindl angenommen.

(135.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Karl Heydenreich um Bekanntgabe der Baulinie für Grundb.-Einl. 971, V. Bezirk, Reinprechtsdorferstraße 51, und beantragt, die Auflassung der Griesgasse zwischen den Häusern Or.-Nr. 47, 49 und 48 und die Auftheilung des Straßengrundes an die Anrainer nach Maßgabe eines vom Stadtbauamte vorzulegenden, von den betheiligten Anrainern anzunehmenden und vom Stadtrathe zu genehmigenden Theilungsplanes, sowie die Einschätzung des an die Anrainer abzugebenden Straßengrundes (Gäßchens) zu genehmigen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(1778.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Alois und der Barbara Bugl um Bewilligung zum Betriebe eines Steinbruches auf Einl.-Z. 246 in Hütteldorf und beantragt die Genehmigung nach dem Bezirksamts-Antrage.

Es wird folgender Beschluss gefasst: Der Stadtrath stimmt gemäß dem Bezirksamts-Antrage in der Voraussetzung zu, dass die im Commissions-Protokolle erwähnten Bedingungen in den politischen Betriebsconsens aufgenommen werden.

(1673.) **Derselbe** referiert über Gesuche um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband aus dem XVIII. Bezirke und beantragt die Gesuchsgewährung für:

Löb Julius, Geschäftsführer;

Karl Franz Josef, Privatier, und

Pöhl Josef, Gastwirt. (Angenommen.)

(2945.) **St.-R. Dr. Hackenberg** referiert über die Sommerfahrordnung der Wiener Tramway pro 1895 und beantragt, über den vorliegenden Sommerfahrplan folgende Äußerung abzugeben:

Der von der Wiener Tramway-Gesellschaft für den Sommer 1895 in Antrag gebrachte Fahrplan ist, abgesehen von einer genaueren Angabe jener Morgen- und Abendstunden, in welchen die Verkehrsreduction stattfinden soll, vollkommen gleichlautend mit jenem, welcher im vorigen Sommer in Kraft gestanden ist, und welchem die Gemeinde Wien nicht nur aus den im Berichte des Magistrates vom 20. April 1894, Z. 45100, angeführten Gründen ihre Zustimmung versagt, sondern gegen dessen Genehmigung sie auch Rechtsmittel ergriffen hat. Damit ist der Standpunkt der Gemeinde gegenüber der hier vorliegenden Sommerfahrordnung von selbst gegeben; aus den im oberwähnten Berichte dargelegten Gründen kann auch dieser Fahrordnung von Seite der Gemeinde die Zustimmung nicht ertheilt werden und ebenso müssen bei diesem Anlasse alle jene Wünsche der Gemeinde neuerlich in Erinnerung gebracht werden, welche dem vorjährigen Sommerfahrplane gegenüber zum Ausdrucke gelangt sind.

Weitere Wünsche vorzubringen behält sich die Gemeinde für den Zeitpunkt vor, in welchem ihr das Gutachten der k. k. Generalinspection der Eisenbahnen vorliegen wird, wobei die Gemeinde jedoch in Bezug auf die im Vorjahre erfolgte Zählung der Personenfrequenz nach wie vor an ihrem durch den Stadtraths-Beschluss vom 23. Jänner 1894, Z. 522, gekennzeichneten Standpunkte festhält und ein ersprießliches Gutachten nur von einer auf zuverlässiger Grundlage aufgebauten Verkehrsstatistik erwarten kann.

Gegenüber dem vorliegenden Sommerfahrplane kann die Gemeinde aber nicht umhin, hinzuweisen, dass hier wieder ebenderselbe Fahrplan geboten wird, welcher seitens des hohen Handelsministeriums bereits in dem Erlasse vom 26. September 1894, Z. 73491, als ungenügend gekennzeichnet wurde, so dass diese Behörde dem Recurse der Gemeinde gegen die Genehmigung des Fahrplanes nur aus einem formalen Grunde keine Folge gegeben hat.

Aber auch für die Haltung der Gesellschaft gegenüber den Behörden und für ihr Streben, jeder Verbesserung der Verkehrsverhältnisse aus dem Wege zu gehen, ist es bezeichnend genug, dass sie den vorjährigen Sommerfahrplan ohneweiters wieder vorlegt. Hiebei werden die Ergebnisse der von der Gesellschaft selbst vorgenommenen Zählung der Personenfrequenz, welche doch vom Standpunkte der Gesellschaft aus für die Aufstellung des Fahrplanes maßgebend sein sollten, ebensowenig einer Berücksichtigung gewürdigt, wie jene Wünsche der Gemeinde Wien und der Polizeidirection, welche die hohe Statthalterei selbst der Gesellschaft mit dem Erlasse vom 29. April 1894, Z. 30696, allerdings nur zur Erwägung oder Berücksichtigung empfohlen hat.

Zur Illustrierung des Missverhältnisses zwischen der Frequenz und den Betriebseinnahmen einerseits und den Fahrleistungen der Gesellschaft andererseits werden die nachfolgenden dem Berichte der Wiener Tramway entnommenen Daten angeführt:

	1889	1890	1891
Passagiere	40,026.575	42,893.416	42,791.823
Fahrkilometer	11,091.254	11,711.521	12,305.442
Betriebseinnahme	3,495.511	3,783.740	3,759.538
	1892	1893	1894
Passagiere	47,587.620	49,621.778	53,701.696
Fahrkilometer	13,496.504	12,626.738	12,884.927
Betriebseinnahme	4,305.119	4,467.460	4,816.919

Überdies ergibt sich aus dem Rechenschaftsberichte der Gesellschaft pro 1894 eine Verminderung der Betriebsausgaben in diesem Jahre gegenüber dem Jahre 1893 um 138.575 fl., was den Schluss auf Verschlechterung der Verkehrsverhältnisse der Gesellschaft gestattet. Die Einnahmen weisen eine constante und bedeutende Erhöhung aus, so dass, wenn die Gesellschaft für das Jahr 1894 nebst ihren sehr namhaften Abschreibungen nicht auch neuerdings eine sehr reiche Dotierung ihrer verschiedenen Reserven vorgenommen hätte, die mit Schluss des Jahres 1894 die Summe von nahezu zwei Millionen erreicht haben, die Vertheilung einer Dividende von fast genau 12 Percent aus dem Erträgnisse des Jahres 1894 möglich wäre. Mit Rücksicht auf diese überaus günstigen Betriebsergebnisse muss die Gemeinde im Interesse des Publicums schon bei dieser Gelegenheit auf die Nothwendigkeit der Reform der bestehenden Tarife der Tramway-Gesellschaft und eine bedeutende Herabsetzung derselben hinweisen, behält sich jedoch vor, über diesen Gegenstand demnächst bestimmte Anträge zu stellen.

Schließlich legt die Gemeinde einen von den Gem.-Räthen Alfons Herold und Genossen auf die Ausarbeitung und Veröffentlichung ausführlicherer Fahrpläne gestellten Antrag vor und erlaubt sich, die Punkte 1 und 2 desselben zur thunlichsten Berücksichtigung zu empfehlen. (Angenommen.)

(1730.) **Derselbe** referiert über den Statthalterei-Erlass vom 26. December 1894, Z. 102695, betreffend das Ansuchen der Actiengesellschaft der Wiener Localbahnen um Genehmigung des neuen Preistarifes für die Strecke Wien—Neudorf—Guntramsdorf und beantragt, es wäre dem k. k. Handelsministerium unter Bekanntgabe der vom Magistrate ausgeführten Begründung mitzutheilen, dass die Gemeinde Wien dem vorgelegten Tarife der Actiengesellschaft der Wiener Localbahnen für die Strecke Wien—Wr. Neudorf—Guntramsdorf, insoweit derselbe den Personenverkehr betrifft, nicht zustimmt, sondern den Wunsch ausspricht, dass der bisherige Zonentarif aufrecht erhalten und nur für die neu eröffnete Strecke Wr. Neudorf—Guntramsdorf entsprechend ausgestaltet werde, und dass unter den Fahrbegünstigungen die Arbeiterkarten für die kürzesten Relationen zu dem bisherigen Fahrpreise von 4 kr. belassen werden.

Weiters spricht sich die Gemeinde Wien gegen die Umänderung der Wagenbezeichnungen: I. und II. Classe in II. und III. Classe, aus.

St.-R. Dr. Vogler beantragt die Streichung des letzten Satzes.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, an Stelle dieses Satzes zu setzen: „Die Gemeinde enthält sich bezüglich der vorgeschlagenen Umänderung der Wagenbezeichnungen jeder Äußerung."

Weiters beantragt St.-R. Dr. Lueger, zu erklären, dass sich die Gemeinde Wien den bezüglich des Specialtarifes für Ziegeltransporte seitens der Ortschaftenvertretungen und der Ziegelwerksbesitzer erstatteten Äußerungen, beziehungsweise ausgesprochenen Wünschen anschließt.

Referenten-Antrag mit Abänderung Dr. Vogler-Dr. Lueger und Zusatz Dr. Lueger angenommen.

(2213.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert über die Entscheidungen des k. k. Unterrichtsministeriums über die Recurse der Gemeinde Wien gegen die Systemisierung von Lehrerinnenstellen für Mädchen- resp. Knaben- und Mädchenschulen im IX., XIV., XVII. und XVIII. Bezirke und gegen die provisorische Besetzung der an der allgemeinen Mädchen-Volks- und Bürgerschule II., Holzhausergasse, eröffneten Parallelclassen mit weiblichen Lehrkräften und beantragt, diese Entscheidungen mit Rücksicht auf die jüngst erflossene Entscheidung des k. k. Verwaltungsgerichtshofes zur Kenntnis zu nehmen und von der Ergreifung der Beschwerde an diesen Gerichtshof als aussichtslos abzustehen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2847.) **Derselbe** referiert über die Bedeckung der Auslagen für die Herstellungen bei der Szállásbahn am Central-Viehmarkte und beantragt, dass behufs Bedeckung

a) der restlichen, noch unbeglichenen, in dem von der städtischen Buchhaltung verfassten Conten-Ausweise angeführten Auslagen per 857 fl. 89 kr. für die mit Gemeinderaths-Beschluss vom 16. März 1891, Z. 1528, genehmigte Herstellung des Unterbaues und einer Ausladerampe für die Zweigbahn zu den Szállásen auf dem Central-Viehmarkte St. Marx,

b) der für diese Herstellung im Jahre 1895 bereits bestrittenen Auslagen per 350 fl. 15 kr., die Überweisung dieser beiden Beträge per zusammen 1208 fl. 4 kr. auf den Reservefond bewilligt werde. (Angenommen.)

(Vice-Bürgermeister Matzenauer übernimmt den Vorsitz.)

(3044.) **Vice-Bürgermeister Dr. Richter** referiert über die Kundmachung der k. k. Bezirkshauptmannschaft Wiener-Neustadt, betreffend die Einleitung des wasserrechtlichen Verfahrens über das Project der Wiener-Neustädter Tiefquellenleitung zur Anlage und zum Betriebe einer Wasserleitung zur Versorgung der Ortschaften und Sommerfrischen von Felixdorf bis inclusive Mauer mit Genuss- und Nutzwasser, und beantragt, die Abgabe nachstehender Erklärung zu genehmigen:

Die Abgeordneten des Stadtrathes und Magistrates noe. der Gemeinde Wien verwahren sich dagegen, dass ein so mangelhaft instruiertes Project, wie das vorliegende, das eigentlich nur als Generalproject sich darstellt, einer wasserrechtlichen Verhandlung zugrunde gelegt werde, sie erheben entschiedenen Einspruch gegen die beabsichtigte Kreuzung der Hochquellenleitung durch die projectierte Leitung und stellen die bestimmte Forderung, dass die Gesuchsteller, bevor in eine weitere Verhandlung bezüglich der Rohrleitungen und Reservoirs an der Rohrtrace eingegangen wird, genaue und cotierte Detailpläne und insbesondere für jede Kreuzung der Rohrleitung mit dem Hochquellen-Aquäducte, sowie für jene Strecken, wo die Rohrleitungen in der Nähe des Aquäductes liegen, sowie über diese Reservoirs der politischen Behörde vorgelegt werden, nachdem erst dann die Gemeinde Wien in der Lage sein wird, zu beurtheilen, ob dem im öffentlichen Interesse gelegenen Schutze der Hochquellenleitung Rechnung getragen wurde, oder welche Forderungen zur Erreichung dieses Zweckes zu stellen sind. In eine Verhandlung bezüglich Einlösung oder Belastung von städt. Gründen kann erst nach Entscheidung dieser Hauptfrage eingegangen werden. (Angenommen.)

(Bei vorstehendem Antrage accommodierte sich Referent einer Anregung des St.-R. Dr. Lueger, dass gegen eine Kreuzung der

Hochquellenleitung nach dem vorgelegten Projecte ausdrücklich Verwahrung einzulegen sei.)

Anträge des St.-R. Schneiderhan und Genossen:

(3131.) Der Magistrat sei zu beauftragen, schleunigst das Nöthige zu veranlassen, um für den Hauskehricht aus dem XII., XIV. und XV. Bezirke einen neuen geeigneten Abladeplatz zu ermitteln. Diesbezüglich wird auf die ausgebeuteten Ziegelgruben der Wienerberger Ziegelwerks-Gesellschaft hingewiesen. Wenn dort nicht etwas Passendes zu finden ist, so könnten mit der Wien—Neudorferbahn Unterhandlungen wegen Überführung des Kehrichts nach Neudorf eingeleitet werden, wo passende Plätze zur Genüge zu finden sind.

(3132.) Der Magistrat werde aufgefordert, mit den Eigenthümern der Realität Or.-Nr. 15 Meidlinger Hauptstraße wegen Erwerbung derselben durch die Gemeinde Wien behufs Durchführung der Lainzergasse Verhandlungen einzuleiten.

(An den Magistrat zur geschäftsordnungsmäßigen Vorberathung.)

(2929.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über die Bewilligung eines Nachtragsquantums an Sand für den I. Bezirk und beantragt, die Beistellung von 400 m^3 Donausand für den I. Bezirk über das pro 1895 präliminierte Quantum von 1200 m^3 durch die städtischen Contrahenten Gsottbauer & Mayer zum Preise von 2 fl. 30 kr. per Cubikmeter zu genehmigen und für diese Auslage einen Zuschusscredit zur Position der Rubrik XXII 5 h in der Höhe von 346 fl. 43 kr. zu bewilligen. (Angenommen.)

(2883.) **St.-R. Witzelsberger** referiert über den Bericht des Stadtbauamtes, betreffend den Recurs der Betriebsdirection der k. k. Staatsbahnen gegen feuerpolizeiliche Aufträge bezüglich des Franz Josefs-Bahnhofes und beantragt, dem Ansuchen des magistratischen Bezirksamtes für den IX. Bezirk um Retournierung des ad St.-R.-Z. 1708 vorgelegten Verhandlungsactes behufs Berichterstattung an das k. k. Handelsministerium zu entsprechen. (Angenommen.)

(2695.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der freiwilligen Feuerwehr Unter-St. Veit um Beistellung von 20 Mänteln und beantragt, die Beistellung von 20 neuen Mänteln für die genannte Feuerwehr mit dem Kostenbetrage von 254 fl. zu genehmigen. (Angenommen.)

(3029.) **St.-R. Dr. Klotzberg** referiert über den Verkauf von ausgemusterten Turngeräthen, resp. Bestandtheilen von Turngeräthen aus dem städtischen Materialdepot und beantragt, den Verkauf der im vorgelegten Verzeichnisse aufgeführten Gegenstände an den Vorstand des Radfahrervereines „Wiener Herrenfahrer Austria" um den Gesammtpreis von 80 fl. zu genehmigen. (Angenommen.)

(2923.) **St.-R. Rückauf** referiert über die Verwertung des durch die Ausrodung im Hütteldorfer Parke gewonnenen Holzes und beantragt, der Vorsteher des XIII. Bezirkes werde ermächtigt, das durch die Ausrodung im Hütteldorfer Parke im Februar und März d. J. gewonnene Holz im Ausmaße von 72 rm durch einen Sachverständigen schätzen zu lassen, und sei dieses Holz alsdann durch das magistratische Bezirksamt für den XIII. Bezirk im Wege einer öffentlichen Licitation zu veräußern. (Angenommen.)

(2520.) **Derselbe** referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes aus dem XVII. Bezirke und beantragt die Gesuchsgewährung für:

Habel Josef, Drechslermeister;
Kosak Johann, Fleischhauer;
Höß Franz, Kaffeesieder;
Reischl Johann, Gastwirt, Hausbesitzer;
Kugler Johann, Bau- und Maschinenschlosser, und
Knauer Franz, Gemischtwaren-Verschleißer. (Angenommen.)

Derselbe referiert über Gesuche um Verleihung der Wiener Zuständigkeit und beantragt die Gesuchsgewährung für:

(2646.) XVII. Bezirk:

Zielinski Emanuel, Wagenmeister;
Spitzkopf Ludwig, Börsebesucher;
Schiller Theodor, Werkführer;
Decker Anton, Hausbesorger;
Friedl Jakob, Gastwirt;
Dassler Josef, Ziegeldeckergehilfe;
Schüßl Johann, Bildhauergehilfe;
Jauda Emanuel, Schneidergehilfe;
Reithmayer Anna, Weißnäherin;
Reithmayer Marie, Weißnäherin;
Albrecht Francisca, Bedienerin;
Widder Valentin, Gärtnergehilfe;
Walter Ludwig, Schildermaler;
Wenda Johann, Einspännerkutscher;
Oujezdsky Wenzel, Gastwirt.

(2661.) XVIII. Bezirk:

Frank Johann, Bäckergehilfe;
Kozak Johann, Schuhmachermeister;
Mannhalter Franz, Bäckergehilfe;
Trojan Anton, Aushilfsdiener;
Köstler Johann, k. u. k. Militär-Rechnungsofficial;
Bychnowsky Eduard, Sicherheitswachmann;
Augustinitz Leopold, Schuhmachermeister;
Ruhm Franz, Baupolier;
Herau Alois, Bureaudiener;
Schimpke Josef, Obergärtner;
Exner Anton, Postamtsdiener;
Trenker Karl, Umspanner der Wiener Tramway;
Sochor Alois, Tramway-Conducteur;
Scholz Josef, Tischlermeister.

(2725.) XVI. Bezirk:

Rosendorf Josef, Schlossergehilfe;
Grabner Johann, Schriftsetzergehilfe;
Cerocny Josef, Magazinsdiener;
Gumpmann Anton, Gemischtwaren-Verschleißer;
Simon Wenzel, Perlmutterdrechsler;
Hasa Franz, Hilfsarbeiter;
Fischer Josef, Gasmesserfüller;
Püschel Ignaz, Drechslergehilfe;
Wieden Emanuel, Geschäftsleiter einer Wäscheputzerei;
Korenak Ferdinand, Bäckergehilfe.

(2726.) XVI. Bezirk:

Huber Josef, Fleischhauer;
Walecka Anna, Bedienerin;
Nemetz August, Galanterie-Schuhwaren-Erzeuger;
Plachy Anton, Schuhmacher;
Mazarek Johann, Schuhmachergehilfe;
Churan Josef, Straßenkehrer;
Marizowsky Johann, Hausdiener, und
Cihlař Johann, Fabriksarbeiter. (Angenommen.)

(127, 128, 454, 1613, 1653, 1654, 3729, 6343 ex 1894.)

St.-R. Dr. Hackenberg referiert über den Antrag des vom Stadt-

rathe eingesetzten Comités, betreffend die Feststellung des Programmes für die Herstellung eines Bahnnetzes mit elektrischem Betriebe im Gemeindegebiete von Wien. (Vergl. die Stadtraths-Beschlüsse vom 6. Februar 1895.)

Referent beantragt, im Punkte III, 3, a nach „Donaustadt" folgende Einschaltung zu genehmigen:

. . . . „und in das am linken Donauufer gelegene Gemeindegebiet." (Angenommen.)

Ferner sei Absatz 8 im Punkte III in nachstehender Weise zu formulieren:

„8. Der Projectant, respective Offerent, hat in seinem Offerte anzugeben, ob und unter welchen Bedingungen er den Bau des Bahnnetzes mit elektrischem Betriebe für Rechnung der Gemeinde Wien zu übernehmen bereit ist, insbesondere in welcher Weise seine Entschädigung und Betriebseinrichtung zu erfolgen hat, sei es im Wege von Barzahlungen, sei es im Wege der Betriebsführung auf Grund eines mit der Gemeinde Wien abzuschließenden Vertrages auf eine zu vereinbarende Zeitdauer oder auf welche andere Art."

St.-R. Dr. Lueger beantragt die Streichung der Worte: „mit elektrischem Betriebe" und „auf eine zu vereinbarende Zeitdauer".

St.-R. Schlechter beantragt die Streichung der Worte: „ob und".

Referent accommodiert sich dem Antrage Schlechter.

Antrag Schlechter angenommen.

Antrag Dr. Lueger auf Streichung der Worte: „auf eine zu vereinbarende Zeitdauer", angenommen.

Im übrigen wird der Referenten-Antrag angenommen.

Weiters beantragt Referent:

9. Der Offerent hat die Art und Höhe der zu bietenden Sicherstellung anzugeben. (Angenommen.)

IV. Die Gemeinde Wien wird die einzureichenden Projecte, respective Offerte prüfen und mit den Einreichern der zur Durchführung geeignet befundenen Projecte, respective Offerte behufs Festsetzung eines Vertrages in weitere Verhandlung treten.

St.-R. Dr. Lueger beantragt: „eingereichten" statt „einzureichenden", ferner „und" statt „respective".

Referent accommodiert sich.

Modificierter Referenten-Antrag angenommen.

V. Der Magistrat wird beauftragt, auf Grund dieser Beschlüsse die Offertausschreibung unter Anberaumung einer Frist von vier Monaten, deren Ende mit dem Kalendertage zu bestimmen ist, baldmöglichst zu veranlassen und für die Publication im In- und Auslande Sorge zu tragen.

Sämmtliche Parteien, die bisher Projecte eingereicht haben, sowie jene, die um eine besondere Verständigung angesucht haben, sind von diesen Beschlüssen, erstere unter Rückschluss der eingereichten Projecte, speciell in Kenntnis zu setzen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2833.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Emilie Jaroschek um Ratenbewilligung bezüglich der rückständigen Canaleinmündungsgebür für die Realität XIV., Schellinggasse 10, und beantragt, die Abstattung der rückständigen Canaleinmündungsgebür per 156 fl. 50 kr. in fortlaufenden Vierteljahrsraten von je 30 fl., deren erste am 1. Mai 1895 fällig ist, bei Terminsverlust bei Nichteinhaltung der einzelnen Raten zu bewilligen. (Angenommen.)

(2802.) **Derselbe** referiert über die Bemessung der Canaleinmündungsgebür für die Realität der Cäcilie Goldschmied, XIX., Hohe Warte 46, und beantragt, im Sinne des Gesetzes vom 9. April 1894, Nr. 14 L.-G.-Bl., die Canaleinmündungsgebür im normalen Betrage von 517 fl. 80 kr. vorläufig mit dem Betrage von 388 fl. 55 kr. zu bemessen und vorzuschreiben.

(Angenommen.)

(2872.) **Derselbe** referiert über die Bemessung der Canaleinmündungsgebür für die Realität des C. Fabianek, XVII., Dornbacherstraße 123, und beantragt, im Sinne des Gesetzes vom 9. April 1894, Nr. 14 L.-G.-Bl., die Canaleinmündungsgebür im normalen Betrage von 333 fl. 50 kr. vorläufig mit 166 fl. 75 kr. zu bemessen und vorzuschreiben. (Angenommen.)

(2873.) **Derselbe** referiert über die Bemessung der Canaleinmündungsgebür für die Realität des Julius Schuster, XVII., Dornbacherstraße 88, und beantragt, im Sinne des Gesetzes vom 9. April 1894, Nr. 14 L.-G.-Bl., die Canaleinmündungsgebür im normalen Betrage von 996 fl. 90 kr. vorläufig mit dem Betrage von 498 fl. 45 kr. zu bemessen und vorzuschreiben.

(Angenommen.)

(2850.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Wiener Tramway-Gesellschaft um Bewilligung zur Verlängerung der Pferdestandshalle in der Alserbachstraße, IX. Bezirk, und beantragt, die angesuchte Verlängerung der Pferdestandshalle um 2½ m nach dem vorgelegten Plane und gegen Einhaltung einer der bestehenden Halle gleichen Construction auf Widerruf und unter der Bedingung zu bewilligen, dass auch auf diese Verlängerung der Halle die Bestimmungen des Stadtraths-Beschlusses vom 3. August 1893, Z. 5168, sinngemäße Anwendung finden, und dass für dieselbe eine Heizanlage nicht hergestellt wird. (Angenommen.)

(2538.) **Derselbe** referiert über den Bericht des Stadtanwaltes über das Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes in Betreff des Bauconsenses für die Schleppbahn von der Eisenbahnlinie Nussdorf—Kaiser-Ebersdorf zur Mälzerei der Hütteldorfer Brauerei am Praterquai, II. Bezirk, und beantragt die Kenntnisnahme.

(Angenommen.)

(2739.) **Derselbe** referiert über das Erkenntnis des k. k. Verwaltungsgerichtshofes vom 16. November 1894, Z. 4253, womit über die Beschwerde der Gemeinde Wien die Entscheidung des k. k. Ministeriums des Innern vom 24. August 1893, Z. 9559, betreffend die Ertheilung der Baubewilligung an die Wiener Tramway-Gesellschaft für die Errichtung eines Stall- und Futterdepotgebäudes im X. Bezirke, aufgehoben wurde, und beantragt die Kenntnisnahme.

St.-R. Dr. Lueger beantragt die vollinhaltliche Veröffentlichung des in Rede stehenden Erkenntnisses im Amtsblatte, beziehungsweise Verordnungsblatte.

Referenten-Antrag mit Zusatz Dr. Lueger angenommen.

(2852.) **St.-R. Stiaßny** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend die Vergebung der mit dem Kostenbetrage von 15.786 fl. 25 kr. und mit 850 fl. Pauschale veranschlagten Erd- und Baumeisterarbeiten für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales in der Knöllgasse im X. Bezirke und beantragt die Genehmigung des Bestbotes der Firma Johann Seitl & Alois Klee mit dem Nachlasse von 3 Percent unter der Bedingung, dass dieselbe bei der Ausführung ausschließlich nur Roman-Cement der Marke Ober-Pisting und Portland-Cement der Marke Kurowitz zur Anwendung bringt. (Angenommen.)

(2932.) **Derselbe** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend die Vergebung der mit dem Kostenbetrage von 3144 fl. 66 kr. und 1400 fl. Pauschale veranschlagten Erd- und Baumeisterarbeiten für den Canalbau in der Jadengasse im XIV. Bezirke und

beantragt die Genehmigung des eingelangten einzigen Offertes der Firma N. Rella & Neffe mit der verlangten Aufzahlung von $8\frac{1}{2}$ Percent zu den Kostenanschlagspreisen, gleich einem Mehrerfordernisse von 267 fl. 30 kr. (Angenommen.)

(2922.) **Derselbe** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend die Vergebung der mit dem Kostenbetrage von 2309 fl. 37 kr. und 500 fl. Pauschale veranschlagten Erd- und Baumeisterarbeiten für den Umbau des Haupt-Unrathscanales von Or.-Nr. 1 Pfeffergasse durch die Taborstraße bis zur Konradgasse im II. Bezirke und beantragt die Übertragung dieser Arbeiten an den Bestbieter, den Stadtbaumeister Ed. Rzehaczek, mit der verlangten Aufzahlung von 15 Percent zu den Kostenanschlagspreisen. (Mehrkosten 346 fl. 41 kr.) . (Angenommen.)

(2902.) **Derselbe** referiert über die Rechtfertigung des Magistrates wegen verspäteter Offertausschreibung bezüglich der Arbeiten für den Canalbau in der Herrengasse und Kohlenbergstraße, XI. Bezirk, und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(Schluss der Sitzung.)

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **18. April 1895** (vormittags).

Vorsitzender: Vice-Bürgermeister Matzenauer.

Anwesende: Dr. v. Billing, Dr. Nechansky, v. Götz, v. Neumann, Dr. Hackenberg, Rückauf, Dr. Huber, Schlechter, Dr. Klotzberg, Schneiderhan, Kreindl, Stiaßny, Dr. Lueger, Vaugoin, Matthies, Dr. Vogler, Mayer, Witzelsberger, Müller, Wurm, Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Entschuldigt: St.-R. Dr. Lederer.

Experten: Baudirector Berger, Oberingenieur Borkowitz, Magistrats-Commissär Dr. Nüchtern.

Schriftführer: Magistrats-Concipist Pfeiffer.

Vice-Bürgermeister Matzenauer eröffnet die Sitzung.

(2686.) **St.-R. Stiaßny** referiert über die Kostenüberschreitung für die Herstellung einer Rohrleitung vom Schulhause in der Aspernallee in den Donaustrom behufs Unrathsableitung und beantragt die Genehmigung der Kostenüberschreitung von 121 fl. 70 kr. bei obiger Herstellung. (Angenommen.)

(2858.) **Derselbe** referiert über den Bau von Canälen in der Wurzbach- und Geyschlägergasse im XV. Bezirke und beantragt, die vorgelegten Projecte für den Neubau von Haupt-Unrathscanälen in der Wurzbach- und Geyschlägergasse im XV. Bezirke mit dem Kostenerfordernisse von 1161 fl. 84 kr., beziehungsweise 1178 fl. 68 kr. zu genehmigen und für den Inspicienten den normalmäßigen Zehrungsbeitrag von 2 fl. täglich zu bewilligen. (Angenommen.)

(2967.) **Derselbe** referiert über das Project für den Umbau des Canales in der Griesgasse im V. Bezirke und beantragt, das Project für den Umbau des Haupt-Unrathscanales in der Griesgasse im V. Bezirke von Or.-Nr. 8 bis 32 mit dem veranschlagten Kostenerfordernisse von 10.170 fl. 59 kr. zu genehmigen und für den Inspicienten den normalmäßigen Zehrungsbeitrag von 1 fl. zu bewilligen. Die Einmündung der bestehenden Hauscanäle in den neugebauten Haupt-Unrathscanal wäre im Hinblicke auf die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes vom 11. Juli 1894, Z. 2243, auf Kosten der Gemeinde zu bewerkstelligen. (Angenommen.)

(2968.) **Derselbe** referiert über das Project für den Umbau der Canäle in der Seumegasse, Gaudenzdorfergürtel, Dunklergasse, Harthäusergasse und Kobingergasse im XII. Bezirke und beantragt, das vorgelegte Project für den Umbau des Haupt-Unrathscanales in obigen Strecken mit dem budgetmäßig bedeckten Kostenerfordernisse von 17.647 fl. 44 kr. zu genehmigen und für den Inspicienten den normalmäßigen Zehrungsbeitrag von 1 fl. täglich zu bewilligen. Die Einmündung der bestehenden Hauscanäle in den umgebauten Haupt-Unrathscanal wäre auf Kosten der Gemeinde zu bewerkstelligen. Im Falle die Gesammtkosten ein Mehrerfordernis gegen das Präliminare ergeben sollten, wird der Canalbau in der Harthausergasse auf das Pauschale per 100.000 fl. verwiesen. (Angenommen.)

(2948.) **Derselbe** referiert über das Project für den Umbau des Canales in der Lederergasse im VIII. Bezirke und beantragt, das technische Project für den Umbau der Haupt-Unrathscanäle in der Lederergasse zwischen der Josefstädterstraße und der Florianigasse und in der Löwenburggasse im VIII. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 8901 fl. 43 kr. zu genehmigen und für den Inspicienten den normalmäßigen Zehrungsbeitrag von 1 fl. zu bewilligen. Die Einmündung der bestehenden Hauscanäle der Häuser Nr. 4, 8, 10, 14, 6, 13, 15, 17, 17 a Lederergasse, sowie der Hauscanäle von Nr. 2 und 4 Löwenburggasse in die umgebauten Haupt-Unrathscanäle ist auf Kosten der Gemeinde zu bewerkstelligen. Die Kosten für den Canal in der Löwenburggasse sind auf das Pauschale von 100.000 fl. zu verweisen. (Angenommen.)

(2667.) **Derselbe** referiert über das Project für die Canalbauten in der Linzerstraße, Lützowgasse, Gurkgasse, Penzingerstraße, verlängerte Grenzgasse und Cumberlandstraße im XIII. Bezirke und beantragt:

1. Es seien die vorgelegten Projecte für die Herstellung von Haupt-Unrathscanälen in der Linzerstraße vom Ameisbache bis Or.-Nr. 181, in der Penzingerstraße von der Ameisgasse bis Or.-Nr. 16, in der Cumberlandstraße, Lützowgasse und verlängerten Grenzgasse, sowie für den Umbau des Canales in der Gurkgasse mit dem veranschlagten Gesammtkostenerfordernisse von 25.639 fl. 10 kr. zu genehmigen.

2. Die Canalbauten in der Linzerstraße (7602 fl. 16 kr.), in der Penzingerstraße (3338 fl. 20 kr.), in der Cumberlandstraße (4230 fl. 6 kr.) und verlängerten Grenzgasse (1119 fl. 2 kr.) sind im Jahre 1895 zur Ausführung zu bringen und sind die Kosten, insoweit sie nicht aus dem budgetmäßig zur Verfügung stehenden Betrage von 6500 fl. bestritten werden können, auf das Pauschale für unvorhergesehene Canalbauten zu verweisen.

3. Die Ausführung der Canalbauten in der Lützowgasse (6757 fl. 1 kr.) und in der Gurkgasse (2592 fl. 65 kr.) sind im Jahre 1896 auszuführen und sind die bezüglichen Kosten in das Canalbauten-Präliminare pro 1896 einzustellen.

4. Für den Inspicienten wird, insoweit die Bauarbeiten nicht gleichzeitig mit dem Canalbau in der Hütteldorferstraße ausgeführt werden, der normalmäßige Zehrungsbeitrag von 2 fl. täglich bewilligt.

St.-R. Müller beantragt, dass auch der Canalbau in der Gurkgasse im heurigen Jahre zur Ausführung zu gelangen habe.

Der Referent accommodiert sich diesem Antrage.

Modificierter Referenten-Antrag angenommen.

(2284.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert über die Wirkungen der Steuervorlagen auf die Gemeinde Wien und beantragt:

Es sei eine Petition an beide Häuser des Reichsrathes zu richten, in welcher unter Hinweis auf die bereits von dem am 21. und 22. Februar 1895 zu Wien abgehaltenen Städtetage eingebrachte Petition, betreffend die in Berathung der hohen Häuser stehenden Steuervorlagen, neuerdings mit Nachdruck hervorgehoben wird, welche empfindliche Nachtheile die Gemeinde Wien einerseits durch die infolge der Nachlässe an der Grund-, Gebäude- und Erwerbsteuer, infolge des Entfalles der Besoldungssteuer bei Bezügen unter 3200 fl. und infolge der Änderungen in der Besteuerung der Eisenbahnen und in der Besteuerung der Handelsunternehmungen, Creditinstitute und Versicherungsanstalten eintretende Herabminderung der Umlagebasis für die Communalzuschläge, andererseits durch die in Aussicht genommene Behinderung der Gemeinden, auf die staatliche Personal-Einkommensteuer Zuschläge zu legen, zu gewärtigen hat und worin neuerlich gebeten wird, der Gemeinde Wien für den ihr erwachsenden Entgang an Umlagen eine Entschädigung zu gewähren, wobei auf die in den Petitionen des Städtetages beantragte Überweisung eines Theiles des Mehrerträgnisses der directen Steuern hinzuweisen ist.

In der Petition sei weiters in Bezug auf die Rückwirkung der neuen Steuergesetze auf die Steuerträger Wiens hervorzuheben, dass dieselben

durch die Stabilisierung der dermaligen Mehrbelastung der Wiener Gewerbetreibenden infolge der Art der Durchführung des Principes der Contingentierung bei der allgemeinen Erwerbsteuer,

durch die Gleichstellung der 20percentigen Hauszins- und der Hausclassensteuer mit der 26²/₃percentigen Hauszinssteuer bei den Nachlässen,

durch die Methode der Auftheilung des in Aussicht genommenen Präcipuums für die Länder nach dem Verhältnisse der Realsteuern,

durch die kaum zu bestreitende Thatsache, dass die Personal-Einkommensteuer zum weitaus größeren Theile die städtische Bevölkerung treffen wird, belastet werden, und es sei deshalb zu bitten, dass mindestens folgende Petition bei der Berathung der Steuervorlagen noch berücksichtigt werden:

1. dass bei der 26²/₃percentigen Hauszinssteuer ein höherer percentueller Nachlass als bei der 20percentigen Hauszinssteuer und der Hausclassensteuer einzutreten habe;

2. dass bei der 26²/₃percentigen Hauszinssteuer der steuerfreie Abzug für die Erhaltungs- und Amortisationskosten auf 30 Percent erhöht werde;

3. dass das für die Überweisung an die Länder in Aussicht genommene Präcipuum von anfänglich 3 Millionen nicht nach dem Verhältnisse der staatlichen Realsteuern, sondern nach dem Verhältnisse der von den einzelnen Ländern gezahlten gesammten directen Steuern auf die einzelnen Länder aufgetheilt werde.

St.-R. Schlechter beantragt, unbeschadet des Referenten-Antrages dem Gemeinderathe nichtsdestoweniger zu empfehlen, dass eine Commission eingesetzt werde, welche sich im Sinne des Antrages des Gem.-Rathes Wünsch insbesondere mit der Ausgleichung der Gemeindeumlagen zu befassen hat.

St.-R. Dr. Lueger beantragt:

1. Es seien die jetzigen Normen rücksichtlich der Besteuerung der Eisenbahnen, der Fabriken, Handelsunternehmungen, Creditinstitute und Versicherungsanstalten, welche mehrere Betriebsstätten in verschiedenen Gemeinden haben, beizubehalten;

2. dass die Personal-Einkommensteuer von 3200 fl. angefangen, auch mit städtischen Zuschlägen belegt werden dürfe.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter beantragt, dass der Gemeinde der ganze Eingang der Verzehrungssteuer überlassen werde.

Der Referent modificiert seinen Antrag dahin, dass der Ertrag der Verzehrungssteuer der Gemeinde successive überlassen werde.

Der Antrag des Vice-Bürgermeisters Dr. Richter wird einstimmig angenommen.

Der Antrag des St.-R. Dr. Lueger bezüglich des Zuschlages zur Einkommensteuer wird mit allen gegen zwei Stimmen angenommen; desgleichen wird der weitere Antrag des St.-R. Dr. Lueger zum Beschlusse erhoben. Im übrigen wird der Referenten-Antrag angenommen.

Über Antrag des Gem.-Rathes Dr. Nechansky wird beschlossen, in der Petition entweder den Zuschlag zur Einkommensteuer oder die Überlassung der Verzehrungssteuer zu verlangen und über Antrag des St.-R. Dr. Lueger wird weiters beschlossen, dass das Gesetz wegen Überlassung der Verzehrungssteuer gleichzeitig mit der Reform der directen Personalsteuern durchgeführt werde.

(An den Gemeinderath.)

(2987.) **St.-R. Dr. Hackenberg** referiert über die Verleihung der Erzherzogin Gisela-Heiratsausstattungs-Stiftung und beantragt, die fünf erledigten Stiftplätze per je 420 fl. den folgenden Bewerberinnen zu verleihen:

Josefine Mühleder, Anna Gilezewski, Josefa Göbel, Katharina Pohl, Leopoldine Eder. (Angenommen.)

(2959.) **St.-R. Mayer** referiert über das Ansuchen des Siegmund Oppenheim um Verlängerung des Bestandverhältnisses bezüglich der gemieteten Localitäten im alten Rathhause und beantragt, die vom Genannten gemieteten Localitäten Zins-Nr. 3, 13, 20, 23 (neue top. Nr. 44 bis 47, 136 bis 142, 188, 189, 192, 195, 108 bis 111, 197, 198, 255, 256, 303) im alten Rathhause dem Siegmund Oppenheim vom Maitermine 1895 ab auf weitere fünf Jahre um den Jahreszins von 4700 fl. inclusive aller jetzt bestehenden Zuschläge unter Aufrechthaltung der sonstigen Bedingungen des derzeitigen Mietvertrages vom 11. December 1890 bestandweise zu überlassen. Die Stempelgebüren des neu auszufertigenden Mietvertrages hat der Bestandnehmer zu bestreiten. (Angenommen.)

(3028.) **St.-R. Dr. Hackenberg** referiert über das Ansuchen des Georg Gay um Herabsetzung der Canaleinmündungsgebür für XI., Dorfgasse 86, und beantragt, das Ansuchen um Nachlass der Canaleinmündungsgebür wird nach § 1 des Gesetzes vom 19. Jänner 1890, Nr. 9 L.-G.- und V.-Bl., als unbegründet abgewiesen; dagegen wird im Sinne des Gesetzes vom 9. April 1894, Nr. 14 L.-G.- und V.-Bl., die Canaleinmündungsgebür im normalen Betrage von 234 fl. 60 kr. vorläufig mit 156 fl. 40 kr. bemessen und vorgeschrieben. (Angenommen.)

(3013.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Christine Müllner um Bemessung der Canaleinmündungsgebür für XIX., Nusswaldgasse 18, und beantragt, im Sinne des Gesetzes vom 9. April 1894, Nr. 14 L.-G.- und V.-Bl., die Canaleinmündungsgebür für die Realität XIX., Nusswaldgasse 18, im normalen Be-

trage von 408 fl. vorläufig mit dem Betrage von 394 fl. zu bemessen und vorzuschreiben. (Angenommen.)

(3160.) **St.-R. Matthies** referiert über die Vergebung der Demolierung des Anbaues zum rechtsseitigen Seitentract des städtischen Hauses III., Thomasgasse 3, und beantragt, das Anbot des Moriz Hirsch, obige Demolierung gegen eine Entschädigung von 8 fl. und Überlassung des Altmateriales auszuführen, zu genehmigen. (Angenommen.)

(3050.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Josef Moulik um Consens zu baulichen Herstellungen Conscr.-Nr. 580 in Simmering, die Bestätigung des Bauconsenses gegen Ausstellung des im Commissions-Protokolle verlangten Demolierungsreverses. (Angenommen.)

(2479, 2518.) **St.-R. Ritt. v. Neumann** referiert über die vergleichende Zusammenstellung der Offerte von Marky, Bromovsky & Schulz und Schultz & Göbel für die Pumpstation in Breitensee und beantragt die Vergebung der Lieferungen und Arbeiten für die Pumpstation in Breitensee, ferner die Lieferung und Aufstellung des eisernen Dachstuhles auf Grund der vorgelegten speciellen Bedingnisse und der im ersten Offerte enthaltenen Einheitspreise an die Firma Marky, Bromovsky & Schulz.

St.-R. Dr. Hackenberg beantragt die Vergebung der Lieferungen und Arbeiten an die Firma Schultz & Göbel, eventuell sei das ganze Operat durch Sachverständige zu begutachten.

Die Überprüfung des Operates wird abgelehnt; desgleichen der Antrag des St.-R. Dr. Hackenberg, diese Arbeiten an Schultz & Göbel zu vergeben.

Referenten-Antrag angenommen.

(Schluss der Sitzung.)

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 18. April 1895 (nachmittags).

Vorsitzende: Vice-Bürgermeister Dr. Richter.
Vice-Bürgermeister Matzenauer.

Anwesende: v. Götz, Dr. Nechansky, Dr. Hackenberg, v. Neumann, Dr. Huber, Schlechter, Dr. Klotzberg, Schneiderhan, Kreindl, Stiaßny, Dr. Lueger, Baugoin, Matthies, Dr. Vogler, Mayer, Witzelsberger, Müller, Wurm.

Entschuldigt: St.-R. Dr. v. Billing, Dr. Lederer, Rückauf.
Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Weiser.

Vice-Bürgermeister Matzenauer eröffnet die Sitzung und theilt mit, dass St.-R. Dr. v. Billing seine Abwesenheit wegen einer geschäftlichen Abhaltung entschuldigt. (Zur Kenntnis.)

(3161.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis puncto Straßenbespritzung im XIII., XIV., XVI. und XIX. Bezirke (2. Section) und beantragt:

Die Besorgung der Straßenbespritzung ist:

1. im XIII. Bezirke (2. Section) dem Julius Fischer und Johann Wawrosch um den offerierten Preis von 12.500 fl. und 8 fl. per Tagfuhr zu übertragen;

2. im XIV. Bezirke dem Franz Fuschik um 12.900 fl. und 8 fl. per Tagfuhr zu übertragen;

3. dem Herrn Vorsteher des XVI. Bezirkes ist ein Credit von 3000 fl. und dem Herrn Vorsteher des XIX. Bezirkes ein solcher von 1500 fl. zur Durchführung der Straßenbespritzung im Bezirke, beziehungsweise Bezirkstheile während der Zeit bis Ende Mai zu gewähren;

4. vom 1. Juni dieses Jahres an bis zu Ende der diesjährigen Bespritzungssaison, d. i. 15. October, wäre die Bespritzung im XVI. und XIX. Bezirke (2. Section) in beschränkter eigener Regie durch den Bezirksvorsteher durchzuführen;

5. die hiezu erforderlichen 12 Fasswägen sammt Bespannung und Kutscher wären unter Zugrundelegung und sinngemäßer Anwendung der bereits genehmigten Bedingnisse für die Beistellung der Bespannung der Schneepflüge im I. Bezirke auf jene für die Lieferung von Bespritzungs-Fasswägen zu mieten, hierüber mit Eduard Reuter, Moriz Weiniger, S. Köstler & Sohn und Johann Rousseau Verhandlungen zu pflegen und denselben als Maximalpreis 7 fl. 50 kr. pro Tag, Wagen, Bespannung und Kutscher, beziehungsweise 3 fl. für die Regentage zugrunde zu legen;

6. die 12 Schleuderer sind vom Bezirksvorsteher aufzunehmen;

7. im XVI. Bezirke wären zwei Hydranten der Hochquellen-Wasserleitung zur Straßenbespritzung zu eröffnen.

Ad Punkt 1 beantragt St.-R. v. Götz, die Bespritzung im XIII. Bezirke an Rudolf Fasholo zu den Offertbedingnissen zu vergeben.

Antrag v. Götz angenommen.

Ad Punkt 2 Referenten-Antrag angenommen.

Ad Punkte 3 bis 5 beantragt St.-R. Kreindl, im XIX. Bezirke in erster Linie auf Fuhrwerksbesitzer von Döbling Rücksicht zu nehmen.

Referenten-Antrag mit Zusatz Kreindl angenommen.

Punkte 6 und 7 des Referenten-Antrages werden gleichfalls genehmigt.

(3030.) **Derselbe** referiert über die Bestellung und Entlohnung des für die Bedienung der Aufspritzwägen im I. Bezirke erforderlichen Personales und beantragt, das hiefür erforderliche Schleudererpersonale von 12 Mann mit einem Taglohne von 1 fl. 30 kr., beziehungsweise von 20 kr. für eine Nachtstunde (beim Vorspritzen) zu genehmigen. (Angenommen.)

(3021.) **Derselbe** referiert über die Auswechslung des Gasmotors im Schöpfwerke XVIII., Martinsstraße, Ecke der Blumengasse, und beantragt:

1. wegen Lieferung und Aufstellung eines vierpferdekräftigen Gasmotors liegender Anordnung für das bezeichnete Schöpfwerk wären unter Zugrundelegung der beigeschlossenen allgemeinen und besonderen Bedingnisse und des Kostenanschlages mit den vom Stadtbauamte in Vorschlag gebrachten drei Firmen Langen & Wolf, J. Polke und J. Blaschke Verhandlungen einzuleiten;

2. die Veräußerung des alten Gasmotors dieses Schöpfwerkes hätte im Handverkaufe oder, wenn der Preis hiefür unter dem Werte bleiben sollte, im Licitationswege zu erfolgen. (Angenommen.)

(3014.) **Derselbe** referiert über die Erneuerung des Jagdpachtvertrages bezüglich der Jagd im XIII. Bezirke, Hietzing, und beantragt,

die Gemeindejagdbarkeit der bestandenen Gemeinde Hietzing dem k. u. k. Oberstjägermeisteramte vom 1. Juni 1895 an bis 31. December 1897 unter den im Antrage des magistratischen Bezirksamtes enthaltenen Modalitäten zu verpachten. (Angenommen.)

(2990.) **Derselbe** referiert über die Kosten der Hauskehrichteinsammlung in Neustift am Walde und Salmannsdorf in der Zeit vom 1. October 1894 bis inclusive 30. Juni 1895 und beantragt, die bezüglichen Kosten per 235 fl. 50 kr. zu genehmigen. (Angenommen.)

(2999.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Franz Wagl, Zimmer- und Badewärters, und der Anna Wagl, Wäscheverwahrerin im Theresienbade im XII. Bezirke, um Bewilligung von Neujahrsremunerationen pro 1894 und beantragt, dem ersteren pro 1894 eine Remuneration von 40 fl., der letzteren pro 1894 eine Remuneration von 15 fl. zu bewilligen.

(3012.) **Derselbe** referiert über Ansuchen um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband aus dem XVII. Bezirke und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Hoffmann Leni, Trödlerin;
Felzmann Josef, Geschäftsdiener;
Dvořak Johann, Polier;
Latal Johann, Kellner;
Maxa Katharina, Hilfsarbeiterin;
Langer Josef, Platzvertreter;
Zeppelzauer Anton, Tramway-Oberconducteur;
Schober Marie, Handarbeiterin;
Diertmayer Leopold, Hufschmiedgehilfe;
Kočeк Johann, Zier- und Handelsgärtner;
Steinschaden Johann, Bäckergehilfe;
Franz Johann, Schieferdeckermeister;
Wetzelhofer Karl, Zahlkellner;
Loibl Katharina, Bedienerin;
Kaberka Franz, Kutscher. (Angenommen.)

(2989.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Vorstehers des XII. Bezirkes um Beistellung eines Reservepferdes für das eigene Regiefuhrwerk und beantragt, diesem Ansuchen stattzugeben.

Wird mit dem vom St.-R. Dr. Lueger beantragten Beisatze angenommen, dass für die Erhaltung dieses Pferdes gleichzeitig ein Betrag von jährlich 435 fl. bewilligt wird.

(2321.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Prinzen Josef Arenberg um käufliche Erwerbung der Parcellen 40/1 und 40/2 in Hacking sammt dem Hause Nr. 10 am Schlossberge (ehemaliges Nothspital) und beantragt, das bezügliche Anbot abzulehnen, die Demolierung des städtischen Hauses Or.-Nr. 10 am Schlossberge nicht zu genehmigen und das Häuschen mit Rücksicht auf den derzeit nicht gar so schlechten Bauzustand und die geringen Kosten der Herstellungen zu adaptieren und sohin an einen bei der Straßenarbeit beschäftigten Arbeiter unentgeltlich zum Bewohnen zu überlassen, damit das Recht des Zuganges nie bestritten werden kann. (Angenommen.)

(3162.) **St.-R. Vaugoin** referiert über die Widmung eines Beitrages für die durch die Erdbebenkatastrophe vom 14. und 15. April 1895 geschädigten Bewohner der Stadt Laibach und beantragt, einen Beitrag von 5000 fl. zu widmen. (Angenommen.)

(2694.) **Derselbe** referiert über die Eingabe des Notars Hugo Mayburger als Erbenvertreter nach Therese Pecher wegen Annahme einer Grufterhaltungs-Widmung am Wiener Central-Friedhofe und beantragt, diese Widmung unter den von der Erblasserin gewünschten Modalitäten anzunehmen. (Angenommen.)

(2791.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Anna Würth, Gärtnerswitwe, um Fortbezug der Gnadengabe und Erhöhung derselben und beantragt, der Genannten die Gnadengabe von jährlich 72 fl. auf jährlich 144 fl. zu erhöhen und diese erhöhte Gnadengabe vom 1. December 1894 auf die Dauer von drei Jahren, eventuell bis zu einer anderweitigen Versorgung zu bewilligen.

St.-R. Dr. Lueger beantragt die Bewilligung auf Lebensdauer mit der im Referenten-Antrage enthaltenen Bedingung.

Antrag Dr. Lueger angenommen. (An den Gemeinderath.)

(2992.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Fanni Wieser, Gemeindesecretärs-Witwe, um Fortbezug der Gnadengabe und Erhöhung derselben und beantragt, den Fortbezug der bisherigen Gnadengabe jährlicher 320 fl. vom 1. März 1895 an auf die Dauer von drei Jahren unter den üblichen Modalitäten zu bewilligen.

St.-R. Kreindl beantragt, die Gnadengabe auf jährlich 400 fl. zu erhöhen.

Referenten-Antrag mit der vom St.-R. Kreindl beantragten Erhöhung angenommen. (An den Gemeinderath.)

(2784.) **St.-R. Schlechter** referiert über die Regulierung des Platzes um die Herz-Jesu-Kirche in Kaisermühlen und beantragt, dem Herz-Jesu-Kirchenbauvereine im II. Bezirke (Kaisermühlen) zum Zwecke der Anschüttung um die Kirche in der mindesten Breite von 6 m eine Subvention von 1000 fl. zu bewilligen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3036.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Rudolf Jäger noe. des Herz-Jesu-Kirchenbauvereines in Kaisermühlen um Consens für eine Schupfe zur Unterbringung der Glocken und beantragt die Bestätigung des Magistrats-Antrages auf Ertheilung der Baubewilligung unter Umgangnahme von der Forderung eines Anerkennungszinses. (Angenommen.)

(2339.) **Derselbe** referiert über die Zuweisung einer Dienstwohnung an den Wasserleitungs-Aufseher im XIX. Bezirke Franz Menser und beantragt, demselben die Wohnung top. Nr. 7 im städtischen Hause XIX., Probusgasse 16, als Dienstwohnung zuzuweisen. (Angenommen.)

(2824.) **Derselbe** referiert über die Aufstellung von Auslaufbrunnen im XIX. Bezirke und beantragt die Aufstellung von sieben Auslaufbrunnen der Hochquellenleitung an den im Magistratsberichte angeführten Stellen und die Cassierung der zwei in der Pantzergasse im XIX. Bezirke befindlichen Auslaufbrunnen mit dem bedeckten Kostenbetrage von 1900 fl., sowie die Dotierung der aufzustellenden Brunnen mit je 114 hl täglich zu bewilligen. (Angenommen.)

(2795.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Ignaz Brunner, Eigenthümers des Hauses XIX., Kahlenbergerstraße 1, um Entschädigung anlässlich der Durchführung des Canalbaues in der Kahlenbergerstraße, XIX. Bezirk, und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(2788.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Ottakringer Verschönerungsvereines um Bewilligung einer Subvention und beantragt, dem genannten Vereine pro 1895 ebenso wie für das Jahr 1892 eine Subvention im Betrage von 400 fl. gegen dem zu bewilligen, dass der Verein seinerzeit die factische Verwendung der bewilligten Geldmittel zu Gartenzwecken nachzuweisen hat.

Wird mit der vom St.-R. Dr. Lueger beantragten Weglassung des Bestimmungsjahres angenommen.

(An den Gemeinderath.)

(2907.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Gewerbeschul-Commission um Überlassung von Localitäten der Schule V., Herthergasse, und beantragt die Bewilligung im Sinne des Magistrats-Antrages.
(Angenommen.)

(2926.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Congregation der Töchter der göttlichen Liebe um Bewilligung einer Subvention zur Erhaltung des Kindergartens XVIII., Lacknergasse 87, und beantragt, zu diesem Zwecke eine Subvention von 200 fl. für das Jahr 1885 zu bewilligen.
(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2659.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Genossenschaft der Pfaidler um Überlassung eines Locales an der Schule VI., Stumpergasse 56, und beantragt, die Überlassung im Sinne des Magistrats-Antrages zu genehmigen. (Angenommen.)

(8796.) **Derselbe** referiert über Ansuchen um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband aus dem XVIII. Bezirke und beantragt die Ertheilung der Zusicherung an:

Jockisch Anna, Bedienerin;
Kießling Johann, Schlossergehilfe;
Pasternek Alexander, Ingenieur;
Laufer Michael, Friseur. (Angenommen.)

(1814.) **St.-R. Dr. Klotzberg** referiert über den Recurs der Amalie v. Schwarz wider sanitätspolizeiliche Aufträge, betreffend das Haus XIX., Ober-Döbling, Hofzeile 5, und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(2493.) **Derselbe** referiert über den Recurs des Anton Tomaschütz gegen sanitätspolizeiliche Verfügungen, betreffend das Haus IV., Hauptstraße 56, und beantragt die Abweisung.
(Angenommen.)

(2211.) **Derselbe** referiert über die Genehmigung der Überschreitung der Reisedauer der nach Rumänien und der Bukowina entsendeten Marktamtsbeamten Franz Kögler und Anton v. Toscano und beantragt, die Überschreitung der Zeitdauer von drei Tagen sowie des Vorschusses um 10 fl. 1 kr. nachträglich zu genehmigen.
(Angenommen.)

(1855.) **Derselbe** referiert über die Kostenüberschreitung für die Holzstöckelpflasterung bei der Schule IX., Alserbachstraße 23, und beantragt, diese Überschreitung im Betrage von 72 fl. 44 kr. zu genehmigen. (Angenommen.)

(2934.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Katharina Glück, Hutmachergehilfenswitwe (XVII. Bezirk), um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an dieselbe. (Angenommen.)

Derselbe referiert über rückständige Forderungen der bestandenen städtischen Fleischcassa, und zwar:

(4516 ex 1894.) nach dem gewesenen Fleischhauer Josef Zeiller per 3285 fl.;

(4514 ex 1894.) nach dem gewesenen Fleischhauer Johann Lenz per 1490 fl. 65 kr.;

(4515 ex 1894.) nach dem gewesenen Fleischhauer Alois Werner per 1508 fl. 53 kr;

(4517 ex 1894.) nach dem gewesenen Fleischhauer Franz Macher per 361 fl. 66 kr.,

und beantragt, diese Forderungen als uneinbringlich außer Evidenz zu bringen. (Angenommen.)

(2492.) **Derselbe** referiert über den Recurs des Fried. Satorius, Hausbesitzers in Kahlenbergerdorf Nr. 35, XIX. Bezirk, gegen die Vorschreibung einer Beleuchtungsgebür anlässlich der Instandsetzung des von ihm benützten Wasserlaufes und beantragt, dem Recurse Folge zu geben.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter beantragt die Abweisung im Sinne des Antrages des magistratischen Bezirksamtes.

Antrag Dr. Richter angenommen.

(2896.) **Derselbe** referiert über Ansuchen um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband aus dem IX. Bezirke und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Buchinger Georg, Schlossergehilfe;
Braunsteiner Sylvester, Tischlermeister;
Gabler Johann, Scontist;
Filla Anna, geb. Kovač, Bedienerin;
Beran Franz, Maurergehilfe;
Plaschke Josef, Eisenhändler;
Thury Marie, geb. Stöckl, Wäscherin;
Nekheim Johann, Schuhmachermeister;
Kohn Adolf, Rohproductenhändler. (Angenommen.)

(2763.) **Derselbe** referiert über den Magistratsbericht, betreffend die Interpellation des Gem.-Rathes Schuh wegen der zollämtlichen Behandlung des Heilserums und beantragt, den bezüglichen Bericht, in welchem auf die Verordnung der Ministerien der Finanzen, des Innern und des Handels vom 22. Februar 1895, Nr. 37 R.-G.-Bl., erwiesen wird, zur Kenntnis zu nehmen. (Zur Kenntnis.)

(2764.) **St.-R. Wurm** referiert über das Project für die definitive elektrische Beleuchtung des Kohlmarktes im I. Bezirke und beantragt:

1. Das vom Stadtbauamte verfasste zweite (Alternativ-) Project für die elektrische Straßenbeleuchtung auf dem Kohlmarkte im I. Bezirke mit fünf Bogenlampen zu sechs Ampère, deren Lichtpunkt sich 6 m über dem Straßenniveau befindet, und welche von den im Brennkalender festgesetzten Anzündezeiten der communalen öffentlichen Straßenbeleuchtung bis 11 Uhr 50 Minuten nachts, somit halbnächtig zu brennen haben, wird genehmigt.

2. Die mit der Ausführung dieses Projectes verbundenen Installationskosten per 1560 fl. und die jährlichen Betriebskosten, welche sich nach Abzug der derzeitigen Kosten für Gasbeleuchtung von 602 fl. 17 kr. pro Jahr (inclusive der jährlichen Kosten der sub 6 erwähnten Reserve-Gasbeleuchtung per 117 fl. 20 kr.) mit 451 fl. 5 kr. beziffern, werden bewilligt. Diese Ausgaben finden auf Rubrik XXV 1 in der für Vermehrung der öffentlichen Beleuchtung angesetzten Reserve ihre budgetmäßige Deckung.

3. Die Lieferung der Installationsartikel wird der Firma Siemens & Halske um den nicht zu überschreitenden Gesammtbetrag von rund 1286 fl. und unter Einhaltung einer einmonatlichen Lieferzeit übertragen. Die Installationsarbeiten, für deren Herstellung nach Abzug der vorerwähnten 1286 fl. ein Betrag von 274 fl. erübrigt, hat das Stadtbauamt durch eigens hiezu aufzunehmende Arbeitskräfte in Ausführung bringen zu lassen. Auch wird das Stadtbauamt ermächtigt, die Preise für jene Installationsartikel und Installationsarbeiten, welche in dem Kostenanschlage nicht enthalten sind, jedoch bei Ausführung des Projectes festgestellt werden müssen, mit der Firma Siemens & Halske, beziehungsweise mit dem betreffenden städtischen Contrahenten zu vereinbaren.

4. Der Beleuchtungsbetrieb, das ist die Lieferung des erforderlichen Stromes, die Beistellung der nothwendigen Kohlenstifte und die fachgemäße Bedienung und Erhaltung der gesammten Installation wird der Allgemeinen österreichischen Elektricitäts-Gesellschaft unter den von ihr laut Zuschrift vom 14. Februar 1895, Nr. 1503

(M.-Z. 28372), acceptierten Bedingungen (exclusive desselben § 1, welcher das dermalige Provisorium zum Gegenstande hat) übertragen.

5. Die seitens der Eigenthümer der Häuser I., Kohlmarkt Nr. 1, 2, 5, 6, 7, 8, 11, 18 und 22, ertheilte Zustimmung zu der bei Ausführung des sub 1 bezeichneten Beleuchtungsprojectes nothwendigen Anbringung der Aufhängevorrichtung, sowie der Stromzuführung an der Frontmauer dieser Häuser wird zur Kenntnis genommen und werden die Bedingungen, an welche die Eigenthümer der Häuser Nr. 1, 2, 6, 7, 8 und 22 diese Zustimmung geknüpft haben, acceptiert. Die Ausführung der Installationsarbeiten hat im Einvernehmen mit den Eigenthümern der Häuser, an denen die obbezeichneten Objecte angebracht werden, zu geschehen.

6. Da die sub 1 bezeichneten fünf Bogenlampen nur bis 11 Uhr 50 Minuten nachts zu brennen haben, wird die nachmitternächtliche Gasbeleuchtung auf dem Kohlmarkte durch die daselbst einzuführende elektrische Beleuchtung nicht alteriert. Gleichzeitig mit den 5 Bogenlampen, d. i. von der im Brennkalender fixierten Anzündezeit bis 11 Uhr 50 Minuten nachts haben jedoch als Reservebeleuchtung 6 Gasflammen mit 141 l Consum zu brennen, wofür an die Imperial-Continental-Gas-Association der Betrag von 117 fl. 20 kr. jährlich zu entrichten ist.

7. Der bei dem Localaugenscheine am 28. Jänner 1895 seitens der Imperial-Continental-Gas-Association durch ihren Vertreter Herrn Oberinspector Karl Bauer erhobene Protest gegen das Project für die Herstellung einer definitiven elektrischen Beleuchtung auf dem Kohlmarkte wird abgewiesen, da durch die Beibehaltung der Reserve-Gasbeleuchtung, welche aus 6, in Abständen von weniger als 50 m von einander angebrachten Flammen besteht, dem § 19 des Wiener Gasbeleuchtungs-Vertrages vom 22. Mai 1875 entsprochen ist.

St.-R. Müller beantragt, es sollen die Lampen so aufgehängt werden, dass die untere Spitze derselben mindestens 5·50 m vom Straßenniveau entfernt ist.

Referenten-Antrag mit Abänderung Müller angenommen.

(5020.) **Derselbe** referiert über den Ankauf des Hauses X. Bezirk, Quellengasse 52, für Schulbauzwecke und beantragt:

1. die bezügliche Realität um den Preis von 56.000 fl. im Sinne des Magistrats-Antrages käuflich zu erwerben;

2. von der Projectskizze A ist der Hofquer- und Turnsaaltract, dieser aber vorläufig nur im Parterre mit einem Kostenaufwande von circa 116.000 fl. mit den vom Magistrate beantragten Modalitäten zu genehmigen;

3. für diese Zwecke wäre ein Betrag von circa 78.700 fl. auf den Reservefond zu verweisen.

St.-R. Müller beantragt, diesen Antrag abzulehnen und den Magistrat zu beauftragen, einen geeigneten Schulbauplatz auszumitteln und hierüber zu berichten.

St.-R. Ritt. v. Neumann beantragt, den Act behufs Vornahme von Erhebungen über die eventuelle Erwerbung des Hauses Or.-Nr. 54 Quellengasse zu vertagen.

Antrag Ritt. v. Neumann abgelehnt.

Antrag Müller angenommen.

(2761.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Arnold Lotz um Bestimmung der Schadloshaltung für das Haus I. Bezirk, Spiegelgasse 4, und beantragt Verhandlungen durch ein hiefür einzusetzendes Comité. (Angenommen.)

In das Comité werden die St.-R. Wurm, Mayer und Dr. Rechansky gewählt.

(2961.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Karl Grienauer Edl. v. Auenegg und Consorten um Bestimmung der Schadloshaltung für I. Bezirk, Seilergasse 7, und beantragt die Genehmigung des Schadloshaltungsbetrages von 400 fl. per Quadratmeter, d. i. des Gesammtbetrages von 78.672 fl. (Angenommen.)

(2964.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Genossenschaft der Gastwirte um Bestimmung der Schadloshaltung für I. Bezirk, Judenplatz 3 und 4, und beantragt für den bei einem Umbaue der bezüglichen Häuser zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grund im Gesammtausmaße von 90·26 m² eine Pauschalentschädigung von 7800 fl. festzusetzen und die beim Hause Or.-Nr. 4 Judenplatz in die Verbauung einzubeziehende Straßengrundfläche per 0·19 m² gleichzeitig ohne weitere Entschädigung zu überlassen. Die Giltigkeitsdauer der Schadloshaltung wäre auf zwei Jahre zu beschränken.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter beantragt, durch ein Comité mit der Gesuchstellerin wegen Herabsetzung der obigen Pauschalentschädigung in Verhandlung zu treten.

Antrag Dr. Richter angenommen.

Es wird beschlossen, mit diesen Verhandlungen das ad St.-R.-Z. 2761 gewählte Comité (St.-R. Wurm, Mayer und Dr. Rechansky) zu betrauen.

(2985.) **Derselbe** referiert über die Eingabe des Theodor Ritt. v. Taussig durch Dr. Karl Maschke, betreffend den Widerruf der Offerte auf außergerichtliche Schätzung und Einholung der gerichtlichen Entscheidung, und beantragt, die gerichtliche Schätzung vornehmen zu lassen. (Angenommen.)

(2798.) **Derselbe** referiert über die bei der Erneuerung des Holzstöckelpflasters in der Spiegelgasse zwischen der Göttweiher- und der Plankengasse im I. Bezirke eingetretenen Kostenüberschreitung per 10 fl. 76 kr. und beantragt die Genehmigung derselben. (Angenommen.)

(3037.) **Derselbe** referiert über die Auslagen für die Errichtung der magistratischen Bezirksämter für den V., VI. und XIV. Bezirk im Gesammtbetrage von 2649 fl. 20 kr. und beantragt, dieselben unter Verrechnung auf der neu eröffneten Rubrik XII 19 der Gruppe III auf den Reservefond zu verweisen. (Angenommen.)

(Während der Verhandlung dieses Referates hat Vice-Bürgermeister Dr. Richter den Vorsitz geführt.)

(2735.) **Derselbe** referiert über die Erwerbung der Häuser V., Nikolsdorfergasse 15 und 17, behufs Durchführung der Stolberggasse und beantragt:

1. Die Gemeinde Wien erwirbt zum Zwecke der Durchführung der Stolberggasse die Realitäten Or.-Nr. 15 und 17 Nikolsdorfergasse Einl.-Z. 862 und 864, V. Bezirk, um den Preis von 15.400 fl., beziehungsweise 15.600 fl. und unter folgenden Bedingungen:

a) die auf den genannten Realitäten grundbücherlich haftenden Schulden werden von der Gemeinde auf Abschlag vom Kaufschillinge zur Zahlung übernommen;

b) die Vertragskosten und Übertragungsgebüren trägt die Gemeinde;

c) die Eigenthümer des Hauses Or.-Nr. 15 Nikolsdorfergasse verpflichten sich, die curatelsbehördliche Genehmigung zu diesem Rechtsgeschäfte zu erwirken.

2. Zur Ausgabs-Rubrik XXII 4 „Ankauf von Realitäten und Gründen zur Straßenverbreiterung" des Budgets pro 1895 wird ein Zuschusscredit in der Höhe von 31.000 fl. bewilligt.

3. Die eingangs erwähnten Häuser sind nach dem 15. Juni d. J. zu demolieren, und ist zu diesem Behufe den daselbst wohnhaften Parteien zeitgerecht zu kündigen.

(Angenommen; Punkte 1 und 2 an den Gemeinderath.)

(3163.) **St.-R. Dr. Hackenberg** referiert über den Erlass der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 18. April 1895, Z. 37989, an die Wiener Tramway-Gesellschaft und beantragt, denselben zur Kenntnis zu nehmen und an den Magistrat zu übermitteln, damit derselbe hinsichtlich des in der Intimation von der Statthalterei abverlangten Gutachtens über die Angemessenheit der allgemeinen Erlassung des bisher nur hinsichtlich der neuesten Wagentype der Wiener Tramway-Gesellschaft ausgesprochenen Überfüllungsverbotes schleunigst berathe.

(Angenommen.)

(Schluss der Sitzung.)

Allgemeine Nachrichten.

Donauregulierungs-Commission.

(Sitzung vom 17. April 1895.)

Die Donauregulierungs-Commission trat am 17. April 1895 unter dem Vorsitze des Herrn k. k. Statthalters Erich Grafen Kielmansegg zu ihrer CXCVIII. Plenarsitzung zusammen.

In derselben wurde vorerst das von der Oberbauleitung vorgelegte Baupräliminare pro 1895, welches nicht unbeträchtliche Summen für Regulierungs- und Verlandungsarbeiten nächst Wien enthält, eingehend berathen und der Erledigung zugeführt.

Sonach wurde beschlossen, die wichtige Frage des Anschlusses der österreichischen Donauregulierung an die ungarischen Regulierungsarbeiten unter Festhaltung des bisherigen Projectes in der vom technisch-administrativen Comité vorgeschlagenen Weise zu behandeln und die nöthigen Vereinbarungen mit der königlichen ungarischen Regierung schon in nächster Zeit, gelegentlich einer beim k. k. Ministerium des Innern stattfindenden Conferenz mit den ungarischen Delegierten, anzubahnen. Die Donauregulierungs-Commission beschloss, bei diesen Verhandlungen ihr Hauptaugenmerk auf die Erweiterung des engen Stromprofiles nächst Theben zu richten.

Nachdem nun die Prämissen für die angesuchte Verpachtung eines Landungsplatzes unterhalb der Stadlauerbrücke am rechten Donauufer an einen ungarischen Dampfschiffahrts-Unternehmer festgestellt worden waren, beschloss die Commission, im Sinne eines, auf einem geologischen Gutachten des Herrn Professors Sueß beruhenden Antrages des technischen Comités, die Schleusen-Anlage bei Nussdorf, welche bestimmt ist, der Stadt Wien absoluten Schutz vor Hochwässern zu gewähren, mit ihren Fundamenten unbedingt bis auf den blauen, sarmatischen Tegel hinabzuführen.

Schließlich wurde die diesjährige Stromfahrt für Mitte Mai, dem voraussichtlichen Zeitpunkte der Eröffnung der neuen Steiner Donaubrücke, anberaumt und werden zu dieser Inspectionsfahrt die Mitglieder des n.-ö. Landtages und des Gemeinderathes von Wien in einer größeren, aber allerdings durch den Fassungsraum des Personen-Dampfschiffes beschränkten Anzahl eingeladen werden, um der bei dem Donauregulierungswerke betheiligten Landes- und Wiener Stadt-Curie einen Überblick über die bisherigen Leistungen der Commission bieten zu können.

Schul-Angelegenheiten.

Bezirksschulrath der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

(Sitzung vom 17. April 1895.)

Einem definitiven Unterlehrer wird ein dreimonatlicher Gehaltsvorschuss und einer definitiven Unterlehrerin eine Aushilfe bewilligt.

Über Ansuchen des Ortsschulrathes für den X. Gemeindebezirk wird beschlossen, die Zahl der Mitglieder von neun auf elf zu vermehren.

Auf Grund des Erlasses des k. k. n.-ö. Landesschulrathes vom 13. März 1895, Z. 2369, beschließt der Bezirksschulrath die Ausschreibung der vacanten Lehrstellen an der allgemeinen Volks- und Bürgerschule für Mädchen IX., Galileigasse 3, und an mehreren Schulen des XIV., XVII. und XVIII. Bezirkes conform der Systemisierung, dagegen die Ausschreibung einer Directorstelle an der allgemeinen Volks- und Bürgerschule für Mädchen XVIII., Anastasius Grüngasse 16/18, und Einholung der Zustimmung des k. k. n.-ö. Landesschulrathes.

Über einen Erlass des k. k. n.-ö. Landesschulrathes, betreffend die Abänderung des Vorganges bei Besetzung der Lehrstellen, wird beantragt:

1. Auch für verschiedene Kategorien von Lehrstellen (mit Ausnahme der Schulleiterstellen) ist bei einem Ortsschulrathe nur ein Gesuch zu überreichen.

2. Wenn eine Lehrperson bei mehreren Ortsschulräthen Gesuche einbringt, so ist nur bei einem Ortsschulrathe ein vollkommen belegtes Gesuch, bei den anderen das Gesuch nur mit den Diensttabellen, in welchen noch der Grad des Zeugnisses anzugeben ist, einzubringen.

3. Für Bürgerschullehrer-, Volksschullehrer- und Unterlehrerstellen ist jährlich eine zweimalige Concursausschreibung zu veranlassen. Mit dem Wiener Stadtrathe ist hierüber das Einvernehmen zu pflegen, vorher aber das Gutachten der Ortsschulräthe einzuholen.

Sohin ist der Antrag dem k. k. n.-ö. Landesschulrathe vorzulegen.

In Betreff der Einrichtung einer Bürgerschule für Knaben und Mädchen im neuen Schulgebäude XIX., Grinzingerstraße, der Systemisierung des Lehrerstatus an derselben, in Betreff der Änderung in der Organisation einiger Schulen im XIX. Bezirke, und der Umsystemisierung des Lehrerstatus an einigen Schulen im XIX. Bezirke sind Anträge an den k. k. n.-ö. Landesschulrath zu stellen.

Endlich werden mehrere Disciplinar-Angelegenheiten erledigt.

Approvisionierung.

Borstenviehmarkt vom 23. und 25. April 1895.

1. Auftrieb

auf dem freien Markte:

Jungschweine	4383 Stück
Fettschweine	6049 „
Summa .	10432 Stück

Angekauft wurden:

für Wien	8566 Stück
für das Land	1340 „
unverkauft blieben	526 „

2. Preisbewegung:

Jungschweine . von 35 bis 43 (—) kr.	per Kg. Lebendgewicht.	
Fettschweine . . „ 33 „ 42½ (—) „		

Der Geschäftsverkehr war matt, und sind am Dienstagmarkte die Preise von Jungschweinen um 1 kr., die von Fettschweinen um 1 bis $1^1/_2$ kr. per Kilogramm gefallen.

Am Donnerstagmarkte behaupteten sich die Dienstagpreise.

* * *

Pferdemarkt vom 23. April 1895.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 372 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 75 – 500 fl. per Stück.
„ Schlachtpferde . . . . . . 31 – 70 „ „ „

Der Markt war lebhaft.

* * *

Stechviehmarkt vom 25. April 1895.

1. Auftrieb:

Kälber Waidner 4027, Kälber lebend 141, Lämmer Waidner 2846, Lämmer lebend 323, Schafe Waidner 247, Schafe lebend 4846, Schweine Waidner 1104.

2. Preisbewegung:

Kälber Waidner	per Kg.	von 28 (—)	bis 58 (60)	kr.
Kälber lebend	„ „	„ 32 (—)	„ 50 (—)	„
Schweine Waidner	„ „	„ 35 (—)	„ 48 (—)	„
Schweine lebend junge	„ „	„ —	„ —	„
Schweine lebend fette	„ „	„ —	„ —	„
Lämmer Waidner	„ Paar	von 3	bis 12 (—)	fl.
Lämmer lebend	„ „	„ 4½	„ 10 (—)	„
Schafe Waidner	„ Kg.	von 33 (—)	bis 45 (46,48)	kr.
Schafe lebend	„ „	„ 26 (—)	„ 31 (—)	„
Schafe lebend	„ Paar	von 5	bis 20	fl.

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 1296 Stück Kälber mehr zugeführt. Infolge der starken Zufuhr und sehr schwachen Nachfrage verlor Primaqualität 2 bis 4 kr., Mittel- und mindere Qualität 5 bis 8 kr. per Kilogramm.

Auf dem Schafmarkte wurden um 754 Stück Schafe weniger aufgetrieben. Die Kauflust war infolge ungünstiger Exportlage flau und büßten Exportschafe $1^1/_2$ bis 2 fl., Consumschafe 1 bis 2 fl. per Paar ein.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 25. April 1895 73 Stück Mast- und 283 Stück Beinlvieh aufgetrieben. Bei sehr flauer Tendenz sind gegen den Montagsmarkt die Preise um 1 bis 2 fl. per 100 kg gefallen.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

vom 22. April bis 25. April 1895:

Für Neubauten:

III. Bezirk: Haus, Kleistgasse - Hegergasse Grundb. - Einl. 2826, von Marcus Siebenschein, III., Mohsgasse 31, Bauführer C. Kremen (2411).

V. Bezirk: Haus, Hundsthurmerstraße 46, von Adolf Jäger, XVIII., Währingerstraße 51, Bauführer Th. Bauer (2429).

VII. Bezirk: Haus, Burggasse 10, Spittelberggasse 34, von Hermine Reisser, VII., Burggasse 6/8, Bauführer J. Chalusch (2427).

VIII. Bezirk: Haus, Blindengasse 18, von Josef Jostal jun., IV., Wohllebengasse 10, Bauführer J. Jostal (2388).

IX. Bezirk: Haus, Berggasse 21, von Rosine Macht durch Dr. Emil Ritt. v. Förster, k. k. Baurath, Bauführer Luckeneder & Miserowski (2337).

XIX. Bezirk: Villa, Döbling, Einl.-Z. 699, Ecke Prinz Eugen- und Cottagegasse, von Irene Medetz, XIX., Gymnasiumstraße 53, Bauführer Victor Fiala (7890).

„ „ Villa, Ober-Döbling, Einl.-Z. 788 Gymnasiumstraße, von Eduard Trinkl, VIII., Lerchenfelderstraße 50, Bauführer Victor Fiala (8235).

Für Zubauten:

II. Bezirk: Hoftract, Kagraner Reichsstraße 388, von Matth. Wolak, VI., Engelgasse 5, Bauführer A. Hasler (2393).

VI. Bezirk: Stumpergasse 63, von Leopold und Julie Kaiser, VI., Stumpergasse 46, Bauführer A. Zwerina (2352).

XI. Bezirk: Glasgang, Simmeringer Hauptstr., Parc. 22, von Katharina Neufeld, XI., Simmeringer Hauptstraße 22, Bauführer Karl Reichstätter (6471).

XVIII. Bezirk: Arbeitsräume, Pferdestall und Wagenremisen, Währingergürtel 15 und Czermakgasse 14, von Jacques Brünauer, XVIII., Währingergürtel 15, Bauführer Friedrich Gutmann (13531).

XIX. Bezirk: Stall, Döbling, Kreindlgasse 9, von Karl Redlich, ebenda, Karl Stigler (8047).

Für Adaptierungen:

I. Bezirk: Volksgartenstraße 5, von Rudolf v. Kotny, Bauführer Em. Kamenicky (2297).

II. Bezirk: Taborstraße 25, von der gräfl. Schaumburg'schen Hausverwaltung, Bauführer ? (2296).

„ „ Glockengasse 1, von Wilh. Kanitz, Bauführer Al. Ziegler (2339).

„ „ Glockengasse 28, von Johann Mofsler, Bauführer J. Schobesberger (2376).

III. Bezirk: Fasangasse 15, von Franz Beinl, Bauführer E. Kamenicky (2385).

IV. Bezirk: Gusshausstraße 1, von Karl Michna, Maurermeister (2306).

„ „ Rubensgasse 13, von Ludwig Schöne, IV., Wienstraße 37, Bauführer J. Spilka (2351).

„ „ Wienstraße 15, von Christof Gatty, Maurermeister (2404).

V. Bezirk: Hundsthurmerstraße 126, von Hermann Silberstern, Bauführer Ed. Schätz (2360).

„ „ Ziegelofengasse 2, von Rudolf Wilhelm Kurka, Bauführer ? (2375).

VII. Bezirk: Mariahilferstraße 122/124, von Em. und Ed. Schweinburg, Baumeister (2370).

VIII. Bezirk: Laudongasse 40, von Ferdinand Dorfinger, Bauführer J. Müller (2362).

IX. Bezirk: Ferstelgasse 6, von S. Kolisch, Bauführer A. Hofbauer (2401).

„ „ Althanplatz 11, von Max Schweinburg, Bauführer B. Schwadron (2413).

XII. Bezirk: Altmannsdorf, Breitenfurterstr. 97, von Franz Stoppel, Bauführer Michael Borak (13332).

XVI. Bezirk: Ottakring, Panikengasse 25, von Regina Bltavsky, ebenda, Bauführer Rudolf Graf (21626).

„ „ Neulerchenfeld, Grundsteingasse 69, von Ferdinand Baldia, Bauführer derselbe (21747).

„ „ Ottakring, Friedrich Kaisergasse 49, von Johann Schmidt, ebenda, Bauführer Thomas Hofer (21746).

„ „ Ottakring, Hauptstraße 240, von Barbara Weichesmüller, ebenda, Bauführer Franz Lehninger (22116).

Für diverse (geringere) Bauten:

II. Bezirk: Abort, Obere Augartenstraße 38, von Josef Känzler, Maurermeister (2294).

„ „ Canal - Reconstruction, Pazmanitengasse 15, von Anton Gürlich, Baumeister (2402).

V. Bezirk: Canal, Nikolsdorferstraße 4, von Marie Schuh, Matzleinsdorferstraße 10, Bauführer Joh. Kielmayer (2300).

„ „ Remisen, Nikolsdorferstraße 30, von Marie Schachenmann, Bauführer W. Gabauer (2381).

„ „ Stall, Wimmergasse 31, von A. Blaschke, Kaunitzgasse 35, für A. Frühwald, Bauführer J. Schonka (2392).

„ „ Abort, Ziegelofengasse 35, von Anna Schuster, Bauführer Josef Hecht (2398).

VI. Bezirk: Veranda, Marchettigasse 7, von Peter Straub, Bauführer L. Letz (2311).

VIII. Bezirk: Schupfe, Haspingergasse 5, von Thomas Kazda, Maurermeister (2317).

XI. Bezirk: Hauscanal-Herstellung, Simmering, Braunhubergasse 9, von Josef Windhaber, ebenda, Bauführer Anton Heindl (6427).

XI. Bezirk: Düngergrube, Simmering, Grillgasse 53, von Ferdinand Leutgeb, Bauführer Anton Heindl (6428).
XII. Bezirk: Stützmauer-Aufführung (und um Baulinienbestimmung), Ober-Meidling, Tivoligasse 73, von Gustav Baron Springer, Bauführer Schantl (13361).
XIV. Bezirk: Herstellung eines Hauscanales, Rudolfsheim, Nustengasse 2, von G. Duschimsky, ebenda, Bauführer J. Schwadron (12239).
XVII. Bezirk: Rohrcanal, Dornbach, Hauptstraße 120, von Leopold Richmann, Bauführer H. & F. Glaser (15515).
„ „ Rohrcanal, Dornbach, Hauptstraße 125, von Johann Heindl, Bauführer H. & F. Glaser (15516).
„ „ Rohrcanal, Dornbach, Hauptstraße 96, von Johann Schmucker, Bauführer H. & F. Glaser (15517).
„ „ Rohrcanal, Dornbach, Hauptstraße 113, von Karoline Wambacher und Leopoldine Kutschera, Bauführer H. & F. Glaser (15518).
„ „ Rohrcanal, Dornbach, Hauptstraße 100, von Anna Baumgruber, Bauführer H. & F. Glaser (15519).
„ „ Rohrcanal, Hernals, Pezzlgasse 38, von Margarethe Spindlegger, Bauführer Johann Nowak (15537).
XIX. Bezirk: Rauchfang, Döbling, Billrothstraße 67, von Anton Zuna, ebenda, Bauführer Franz Feigl (8036).

Gesuche um Parcellierung wurden überreicht:

II. Bezirk: Franzensbrückenstraße 17—19, von der Union-Baugesellschaft (2408).
III. Bezirk: Löwengasse 35, von Josef Kalas, Maurermeister (2342).
XIII. Bezirk: Lainz, Einl.-Z. 207, von Willibald Petzold, Burggasse 54 (2407).

Gesuche um Bekanntgabe der Baulinie wurden überreicht:

II. Bezirk: Praterstraße 33, von Julius R. Leon v. Wernburg (2302).
„ „ Praterstraße 34, von Karl Stephann, VI., Schmalzhofgasse 4, noe. Franz Felmaier (2343).
III. Bezirk: Kleist- und Hegergasse, Grundb.-Einl. 2826, von Marcus Siebenschein, Mohsgasse 31 (2304).
V. Bezirk: Matzleinsdorferstraße 36, von Bernhard Jerusalem, I., Reichsrathsstraße 29 (2363).
VII. Bezirk: Richtergasse 5, von Franz, Thomas und Anna Keyzlar, durch Franz Katzinger, I., Schottenhof (2319).
„ „ Burggasse 17, von Anna Ledwina, XVIII., Hauptstr. 37 (2420).
IX. Bezirk: Berggasse 21, von Emil R. v. Förster, k. k. Baurath, noe. Rosina Macht (2336).
XIV. Bezirk: Rudolfsheim, Märzstraße, Ecke der Kröllgasse, von Heinrich Sortsch (12255).
XVI. Bezirk: Neulerchenfeld, Herbststraße 17, von Jakob Hauswirth, ebenda (21953).
XVII. Bezirk: Vorgartenmauer, Dornbach, Promenadegasse 5, von A. Rechy (15233).
XIX. Bezirk: Einl.-Z. 788, Ober-Döbling, Gymnasiumstraße, von Eduard Trinkl (8209).
„ „ Einl.-Z. 1078 Ober-Döbling, Krottenbachstraße, von Karl Piffl (8237).

Demolierungsanzeigen wurden überreicht:

XI. Bezirk: Holzschupfe, Simmering, Meichelstraße 21, von Ferdinand Hametner, ebenda, Demolierender ? (6488).
XVIII. Bezirk: Währing, Schumanngasse, Ecke der Martinsstraße 25, von Adolf Zwerina, Stadtbaumeister, VI., Thurmburggasse 8, Demolierender derselbe (13691).

Gewerbeanmeldungen vom 19. April 1895.

(Fortsetzung.)

Tillmeß Josef — Commissionswarenhandel — VI., Engelgasse 2.
Hirschler Katharina — Fleisch- und Selchwaren-Verschleiß — V., Hundsthurmerstraße 143.
Hohenfellner Emil — Fleischhauer — XVII., Hernalser Hauptstraße 10.
Reichel Johann — Fleischhauer — XIII., Reinlgasse 67.
Lang Eduard — Gastwirt — III., Sechskrügelgasse 2.
Marhold Franz — Gastwirt — XVIII., Währingergürtel 2.
Richter Andreas — Gastwirt — XIII., Auhofstraße 124.
Rimancik Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Brückengasse 8.
Buchner Adolf — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Rennweg 41.
Litzlachner Katharina — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Blindeng. 7.
Narai Alexius — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Josefstädterstr. 97.
Pichler Magdalena — Gemischtwaren-Verschleiß — XV., Mariahilfergürtel 37.
Münzer Jakob — Handel mit Schneidewerkzeugen — V., Wienstr. 93.
Lößl Heinrich, Dr. — Herausgeber der periodischen Druckschrift „Grundbesitzer-Zeitung“ — XVIII., Weinhauserstraße 12.
Plosl Marianne — Holz- und Kohlen-Verschleiß — V., Wimmergasse 3.
Feik Johann — Kaffeesieder — V., Hundsthurmerstraße 108.
Krotochvila Johanna — Kaffeesiederin — VI., Gumpendorferstraße 138.
Bodemann Karoline — Kleidermacherin — X., Himbergerstraße 36.
Dimaud Clara — Damenkleidermacherin — V., Zeinlhofergasse 12.
Hunka Franzisca — Damenkleidermacherin — III., Baumgasse 25.
Sinkora Alois — Herrenkleidermacher — XV., Tannengasse 7.
Nemecek Wenzel — Marktfahrer — V., Wimmergasse 9.
Wehner Bettina — Pfaidlerin — VI., Amerlingstraße 15.
Gebhardt Elise — Privatlehranstalt für Maßnehmen, Schnittzeichnen, Kleidermachen — V., Kettenbrückengasse 1.
Kothera Johann — Schuhmacher — XV., Tannengasse 1.
Baderl Philipp — Spengler — V., Matzleinsdorferstraße 47.
Reichel Johann — Stechviehhandel — XIII., Linzerstraße 189.
Kubicek Franz — Tischler — V., Siebenbrunnengasse 3.
Matuschka Josef — Tischler — X., Siccardsburggasse 12.
Twerdy Johann — Tischler — V., Zentagasse 11.
Fedrizzi Aloisia Adelheid — Übernahme von Kleidern zum Färben und chemische Reinigung — VI., Gumpendorferstraße 137.
Glück Michael — Verschleiß von Pferdefleisch, Selchwaren und Würsten — XVIII., Martinsstraße 11.
Langer Josef — Verschleiß von Sodawasser und Zuckerbäckerwaren — VI., Brückengasse, vis-à-vis der St. Ägydikirche.
Volkmer Marie — Victualienhandel — III., Seidlgasse 7.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 20. April 1895.

Szapák Anna — Feilbieten von Obst und Grünwaren im Umherziehen — XVII., Waidmanngasse 29.
Karell Franz — Gebäckausträger — XVI., Liebhartsgasse 4.
Pluhařik Ignaz — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Columbusgasse 20.
Ringer Victoria — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Mitterbergg. 4.
Schwendinger Ignaz — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Peyerlg. 21.
Heberle Karl — Goldarbeiter — XV., Mariahilfergürtel 11.
Brustmann Matthias — Herrenkleidermacher — XIV., Goldschlagstr. 70.
Dana Wenzel — Damenkleidermachergewerbe — XV., Neubaugürtel 35.
Rubatsch Julie — Damenkleidermacherin — III., Baumgasse 35.
Togner Matthias — Kürschner — III., Erdbergermais 327.
Ottendorfer Franz — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XVI., Gablenzgasse 48.
Wittauer Marie — Milch-, Obst-, Gebäck- und Canditen-Verschleiß — XVIII., Währingergürtel 130.
Skazel Franz — Musiker — XIV., Arnsteingasse 27.
Franzke Josefa — Pferdefleisch und Pferdefleischselchwaren — XIII., Spallartgasse 3.
Huppert Eduard recte Elias — Sammeln von Pränumeranten auf Druckwerke — XVII., Gilmgasse 5.
Heller Hermann — Schildermaler — XV., Turnergasse 9.
Nowe Franzisca — Spirituosen-Erzeugung — XVI., Speckbacherg. 36.
Paulaus Franz — Stechviehhandel — XIII., Linzerstraße 189.
Till Josefa — Verschleiß von Brantwein in handelsüblich verschlossenen Gefäßen und Flaschen — XVI., Peyerlgasse 15.
Hermann Theresia — Victualien-Verschleiß — XVIII., Sternwartestr. 11.
Zölnar Wenzel — Victualienhandel im Umherziehen — XIV., Sueßg. 4.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 22. April 1895.

Wöginger Karl — Brantweinschenker — XIX., Sieveringerstraße 166.
Marhold Josef — Bäcker — XIV., Arnsteingasse 6.
Uher Friedrich, Pollak Theodora — Drechslergewerbe — VII., Schottenfeldgasse 76.
Hegenbarth Emerich — Erzeugung von Fahrrädern — XVII., Geblergasse 3.
Cerwenka Albine — Feilbieten von Obst, Grünwaren und Blumen — XVII., Rokitanskygasse 44.
Weber Marie — Fiaker (Lic.-Nr. 422) — IX., Nußdorferstraße 84.
Blecha Rudolf — Fleischhauer — IX., Markthalle, Zelle 66.
Trimmel Elisabeth — Fleisch-Verschleiß — XVII., Markt auf dem Donnerplatz.
Ivanovics Athanasius — Friseur und Rasenr — I., Wollzeile 4.
Eder Alois — Gastwirt — VII., Kaiserstraße 55.
Helfensdörfer Josef — Gastwirt — IV., Rainergasse 12.
Isser Theresia — Wirtsgewerbe — VII., Kirchberggasse 23.
Rohrer Leopold — Gastwirt — III., Hafengasse 5.
Schmidt Adolf — Gastwirt — IV., Trappelgasse 3.
Seidl Josefa — Wirtsgewerbe — VI., Magdalenenstraße 20.
Stöger Johann — Gastwirt (Pachtbetrieb) — IX., Seegasse 23.
Witzmann Josef — Gastwirtsgewerbe — IX., Prechtlgasse 3.
Grotz Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Elisabethstraße 1.
Grün Max — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Theresianumgasse 29.
Öttl Heinrich — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Albertplatz 8.
Twrdik Katharina — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Jörgerstr. 36.
Zimmermann Johann — Goldschmied — VII., Neubaugasse 51.

Troſſet Karl, Dieß Leonie — Handel mit Cementwaaren und Baumaterialen aller Art — VII., Neubaugaſſe 59.
Zucker Lotti — Kaffeeſchank — IV., Louiſengaſſe 24.
Laub Anton — Herrenkleidermacher — XIV., Huglgaſſe 8
Mikſovsky Franz — Herrenkleidermacher — VII., Kaiſerſtraße 59.
Riewel Ludmilla — Damenkleidermacherin — IX., Alſerbachſtraße 8.
Luftſchütz Joſef — Kurzwaaren- und Rauchrequiſiten-Verſchleiß — VII., Lerchenfelderſtraße 131.
Czada Karl — Ledergalanteriewaaren-Erzeugung — VII., Andreasg. 10.
Schweritz Nikolaus — Ledergalanteriewaaren-Verſchleiß — VII., Andreasgaſſe 10.
Viſentin Michael — Marktfahrer und Verkäufer von Chinaglien ꝛc. — IV., Weyringergaſſe 28.
Blaska Michael — Marktvictualienhandel — XVIII., Markt in der Kutſchkergaſſe.
Pleyer Joſef — Marktvictualienhandel — VI., Markthalle 46.
Kandera Joſef — Maurermeiſter — VII., Breitegaſſe 6.
Gſchürz Rudolf — Mechaniker — VII., Schottenfeldgaſſe 56.
Mayer Wilhelm — Pfaidler — XIV., Reindorfgaſſe 38.
Schafer Charlotte — Preßhefehandel — IX., Seegaſſe 12.
Suda Anton — Schuhmacher — XIV., Schweglerſtraße 28.
Makarewicz Aurelia — Stellenvermittlung für männliche und weibliche Dienſtſuchende jeder Kategorie — VII., Mariahilferſtraße 8.
Berger recte Weidlich Julius — Verabreichung von Kaffee, anderen warmen Getränken und Erfriſchungen und Haltung erlaubter Spiele — IV., Rainergaſſe 5.
Panoš Roſa — Verabreichung von Kaffee, anderen warmen Getränken, von Erfriſchungen und von Flaſchenbier — IV., Louiſengaſſe 10.
Loebner Jakob — Verſchleiß von Canditen- und Zuckerbäckerwaaren — VI., Gumpendorferſtraße 63.
Szathmary Marie — Verſchleiß von Gratulationskarten und Reliefbildern in artiſtiſcher Ausführung — IV., Phorusgaſſe 9.
Seitlhuber Marie — Verſchleiß von Reliefbildern und chromolithographiſchen Karten — VII., Zieglergaſſe 71.
Colerus v. Geldern Anna — Zeitungs-Verſchleiß — III., Obere Viaductgaſſe 6.
Haukoczy Auguſt — Zuckerbäckerwaaren-Verſchleiß — VII., Neubaug. 36.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 23. April 1895.

Mateju Joſef — Bäcker — XII., Albrechtsbergergaſſe 26.
Sörgel Johann — Bäcker — XVI., Neulerchenfelderſtraße 87.
Valdia Ferdinand — Baumeiſter — XVI., Ottakringerſtraße 104.
Koliſch Robert, Stiaßny Guſtav — Commiſſionshandel mit Börſeeffecten — IX., Kolingaſſe 5.
Holike Franz — Dachdecker — XVI., Kirchſtetterngaſſe 24.
Seiſer Karl — Drechsler — V., Reinprechtsdorferſtraße 25.
Schick Siegfried — Erzeugung von Liqueuren auf kaltem Wege — XVII., Pezzlgaſſe 47.
Heller Joſef — Fiaker Nr. 667 — V., Untere Bräuhausgaſſe 47.
Koſtohris Adolf — Fleiſchverſchleißer — XIV., Goldſchlagſtraße 45.
Dvořak Karl — Friſeur — IX., Stroheckgaſſe 2.
Kolleck Aaron — Führung einer hebräiſchen Sprach- und Bürgerſchule — XVIII., Schopenhauerſtraße, im israelitiſchen Gemeindehauſe.
Nill Juliana — Gaſt- und Schankgewerbe — XV., Herklotzgaſſe 20.
Kelety Emerich — Gemiſchtwaaren-Verſchleiß — XVII., Bergſteigg. 25.
Löſel Joſef — Gemiſchtwaaren-Verſchleiß — III., Rennweg 15.
Peter Thereſia — Gemiſchtwaaren-Verſchleiß — XVI., Weyprechtgaſſe 3.
Raab Eſter — Gemiſchtwaaren-Verſchleiß — XVII., Gſchwandnergaſſe 56.
Slama Karl — Gemiſchtwaaren-Verſchleiß — XIV., Stättermayerg. 21.
Sörgel Johann — Gemiſchtwaaren-Verſchleiß — XVI., Neulerchenfelderſtraße 87.
Ziegler Amalia — Gemiſchtwaaren-Verſchleiß — X., Jagdgaſſe 35.
Pohl Rudolf — Glaſer — I., Fleiſchmarkt 1.
Koporetz Eliſabeth — Grünwaarenhandel — XVI., Markt in der Brunnengaſſe.
Kier Thereſia — Hadern- und Kohlenhandel — XVI., Lienfelderſtr. 29.
Klečeк Anna — Holz- und Kohlen-Verſchleiß — XVI., Grundſteing. 47.
Hazuka Anna — Damenkleidermacherin — V., Untere Bräuhausgaſſe 72.
Slaby Joſef — Herrenkleidermacher — XVII., Schumanngaſſe 54.
Nowak Anna — Cravatten-Erzeugung — V., Pilgramgaſſe 22.
Effenberger Joſef — Mechaniker — V., Arbeitergaſſe 25.
Männer Marie — Milch- und Gebäck-Verſchleiß — XVI., Brunnengaſſe 76.
Sobotka Eliſabeth — Milch-, Gebäck-, Obſt- und Canditen-Verſchleiß — XVIII., Leitermayergaſſe 38.
Böhm Marie — Obſt- und Blumen-Verſchleiß im Umherziehen — XVIII., Kreuzgaſſe 49.
Duſchek Heinrich — Handel mit Naturblumen — I., Rothgaſſe 5.
Holl Joſefa — Obſt-, Blumen-, Reibſand-Verſchleiß im Umherziehen — XVI., Enenkelſtraße 28.
Komarek Barbara — Naturblumen-Verſchleiß — I., Markt, Freyung.
Matuszky Paul — Handel mit Obſt und Grünzeug im Umherziehen — V., Schwarzhorngaſſe 7.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt:

Seite
Gemeinderath:
Sitzungen des Gemeinderathes 1041
Stenographiſcher Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 23. April 1895.
Inhalt:
Mittheilungen des Vorſitzenden:
1. Entſchuldigung der Gem.-Räthe Erndt und Zweig wegen Fernbleibens 1041
2. Beurlaubung des Gem.-Rathes Stummer v. Traunfels . 1041
3. Spende der Herren Erzherzoge Friedrich und Eugen für die Stadtbibliothek 1041
4. Zuerkennung von Preiſen ſeitens der Weltausſtellungs-Commiſſion in Antwerpen für einige von der Gemeinde Wien ausgeſtellte Objecte 1041
5. Bilderſpenden für das ſtädtiſche Muſeum 1041
6. Spende des Directors Wild (Erträgniß einer Wohlthätigkeits-Vorſtellung) 1041
7. Allerhöchſte Entſchließung, betreffend den Landtags-Beſchluſs wegen Verkauf der ehemaligen Landes-Zwangsarbeits-Anſtalt in Weinhaus an die Gemeinde Wien 1041
Einlauf:
8. Petition mehrerer Hausbeſitzer in der Waſagaſſe im IX. Bezirke, betreffend die Pflaſterung dieſer Straße mit Holzſtöckel (überreicht durch Gem.-Rath Schuh) 1042
Interpellationen:
9. Gem.-Rath Röhrl, betreffend die Erbauung eines neuen Anſtaltsgebäudes für die ſtädt. Pfandleihanſtalt im XIV. Bezirke . 1042
10. Derſelbe, betreffend die Errichtung einer neuen Volksſchule im unteren Theile des XIV. Bezirkes und die Durchführung des Straßenzuges Prinz Karlgaſſe—Siebeneichengaſſe 1042
11. Gem.-Rath Steiner, betreffend die Erledigung ſeines Antrages auf Verhängung der Sequeſtration über die Pferdeeiſenbahn-Unternehmung der Wiener Tramway-Geſellſchaft 1043
12. Gem.-Rath Sebaſtian Grünbeck, betreffend die Geſtattung der temporären Waſſerentnahme aus den Hydranten der Hochquellenleitung zu Zwecken der Straßenbeſpritzung im XVII. Bezirke . 1043
13. Gem.-Rath Dr. Friedjung, betreffend die Erledigung der Frage der Krankenverſicherung der Gemeindearbeiter Wiens . . 1043
14. Gem.-Rath Wimberger, betreffend die Erledigung des Referates über die Reorganiſierung des ſtädtiſchen Sanitätsperſonales . . 1043
Antrag:
15. Gem.-Rath Dr. Stern, betreffend die Hinausgabe eines 3percentigen Anlehens an Stelle des noch nicht begebenen Reſtes des zu 4 Percent verzinslichen 35-Millionen-Kronen-Anlehens vom Jahre 1894 1043
Referat:
16. Gem.-Rath Dr. v. Billing, betreffend die Verificierung der in der Zeit vom 28. März bis 4. April 1895 durchgeführten Gemeinderaths- und Bezirksausſchuſswahlen 1044
Beſchluſs-Protokoll der vertraulichen Sitzung des Gemeinderathes vom 23. April 1895.
Inhalt:
Bürgermeiſter Dr. Grübl, betreffend die Gasfrage 1052
Stadtrath:
Sitzungen des Stadtrathes 1052
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 17. April 1895 1052
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 18. April 1895 (vormittags) 1057
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 18. April 1895 (nachmittags) 1059
Allgemeine Nachrichten:
Donauregulierungs-Commiſſion 1063
Schul-Angelegenheiten:
Bezirksſchulrath der k. k. Reichshaupt- und Reſidenzſtadt Wien . . 1063
Approviſionierung:
Vorſtenviehmarkt vom 23. und 25. April 1895 1063
Pferdemarkt vom 23. April 1895 1064
Stechviehmarkt vom 25. April 1895 1064
Baubewegung:
Geſuche um Baubewilligungen vom 22. bis 25. April 1895 1064
Gewerbeanmeldungen 1065
Kundmachungen.

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler**, Secretär des Wiener Magiſtrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishauſſer's** k. und k. Hof-Buchdruckerei, Wien.